

Bezugspreis. Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2. Reichsmark voraus zahlbar.

Der „Vorwärts“ mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ sowie den Beilagen „Unterhaltung und Wissen“ „Aus der Arbeiterwelt“ „Frauenstimme“ „Der Kinderfreund“ „Jugend-Vorwärts“ und „Blitz in die Arbeiterwelt“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Sonnabend, den 2. April 1927

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Erklärungen Schiangkaischeks.

Gegen ausländische Provokationen. — Für Chinas Selbstbestimmungsrecht.

Schanghai, 1. April. (Chinesische Nachrichten-Agentur.) Schiangkai schek führte in einem offiziellen Interview vor Berichten der fremden Presse aus: Die fremden Mächte füllen die chinesischen Gewässer mit ungeheuren Flotten und die chinesischen Häfen mit großen Truppenkontingenten zum Schutze der Fremden und ihres Eigentums und verlangen dann Genugtuung für Verluste an Leben und Eigentum der Fremden, wenn die Truppen der Südrregierung sie nicht geschützt haben, obgleich die fremden Mächte den Truppen der Südrregierung nicht erlauben wollen, wirkliche Schutzmaßnahmen zu treffen.

Schiangkai schek wies auf das Kernproblem, indem er den in der letzten Woche erfolgten

Angriff auf das Tor der französischen Konzession

erörterte und erklärte: Wäre die Konzession nicht verbarrikadiert gewesen, würde wahrscheinlich gar kein Angriff erfolgt sein. Die Unwesenheit der bemächtigten Kräfte der fremden Mächte bedeutet eine dauernde Provokation, die für China entwickelnd ist. Weiter betonte er, daß die vorbereitenden Maßnahmen der fremden Mächte in den Seemilitärs vielleicht gegen halbzivilisierte Völker geeignet seien. Falls sich herausstellen sollte, daß die Südrtruppen an dem Nanjing-Zwischenfall schuld seien, würde die Regierung die Zahlung von Entschädigungen an die Familien der Betroffenen garantieren. Da das Ergebnis der Untersuchung noch nicht feststeht, wurden die Korrespondenten der fremden Presse ersucht, sich der Ausgabe von Sensationsmeldungen zu enthalten.

Nach diesen Erklärungen antwortete der General auf die Fragen der Pressevertreter. Dabei erklärte er:

„Ich fürchte, der Nanjing-Zwischenfall ist vielfach mißverstanden worden, vielleicht infolge tendenziöser Berichte der Nachrichtenagenturen. Ich kam am Tage nach dem Zwischenfall nach Nanjing und konnte nur eine sehr eilige Untersuchung anstellen. Soweit ich feststellen kann, sind die Tatsachen demirrend und ich kann mich nicht für ihre Genauigkeit verbürgen, da die Untersuchung noch andauert. Als die Nationaltruppen in Nanjing einrückten, war die Stadt noch in den Händen der Nordtruppen, und diese bereiteten sich an Ausschreitungen gegen die Missionare. Darauf erfolgte die Beschießung der Stadt durch die englischen und amerikanischen Kriegsschiffe. Ich habe persönlich mit General Chen Chien zusammen Instruktionen gegeben, daß ohne Rücksicht darauf, ob Angehörige durch Nationaltruppen oder Panhagen für die Angriffe auf Leben und Eigentum der Fremden schuld seien,

streng dagegen vorgegangen

werden soll. Die Südmarmee wird die volle Verantwortung übernehmen, wenn die Untersuchung ihre Schuld ergeben sollte. Es werden alle notwendigen Schritte unternommen, um vollständige Genugtuung zu geben. Andererseits habe ich General Chen Chien beauftragt, bei den Kommandanten der englischen und amerikanischen Kriegsschiffe Protest gegen diesen Akt einzulegen, den ich ein

nicht zu rechtfertigendes Bombardement

nennen muß. Die Beschießung erfolgte ohne vorherige Ankündigung. Es wurde keine Zeit gewährt, um irgendwelche Sicherheitsmaßnahmen zu treffen. Bekanntlich haben die Südrtruppen bisher stets, wenn sie eine Stadt besetzen, die Einwohner und Missionare geschützt, woraus die Nationalregierung stolz ist. Seit der Besetzung Schanghais durch uns ist aber eine sehr geladene Atmosphäre durch die Ausbreitung der wildesten Gerüchte geschaffen worden. Die Führer der Nationalregierung wünschen freundschaftliche Beziehungen zu allen fremden Mächten zu unterhalten.

Wir sind nicht gegen die Fremden, aber für die Chinesen.

Als ich nach Schanghai kam, bemerkte ich eine große Anzahl fremder Kriegsschiffe im Hafen. An der Grenze der französischen Konzession sah ich Sandsäcke und Stacheldraht. Das war ein recht eigenartiger und ich muß sagen, ein recht unangenehmer Eindruck für mich. Als die Militärmächter der Nordregierung in Schanghai waren, wurden keine derartige Verteidigungsmaßnahmen getroffen. Jetzt ist Kriegrecht verhängt worden und die Grenzposten sind verstärkt. Ich betrachte dies als eine Diskreditierung der Nationalarmee und ihres Bestrebens, sowie ihrer Fähigkeit, Ordnung zu schaffen, also eine Stellungnahme zugunsten der Nordtruppen.

Es muß eingesehen werden, daß die alte Kriegsschiffpolitik eine Sache des vorigen Jahrhunderts ist und nicht länger mehr als Mittel zur Begegnung der jetzigen Lage dienen kann.

Jedes weitere Kriegsschiff, jeder weitere Soldat, den die fremden Mächte zur Wahrnehmung ihrer Interessen nach China senden, kann die gedachte Aufgabe nicht erfüllen. Besonders dort, wo Südrtruppen sind, werden sich derartige militärische Demonstrationen nur als verärgern, sonst aber als gänzlich zwecklos erweisen.

Ich bin hier, um Ihnen zu sagen, daß die Nationalregierung nur friedliche Mittel gebrauchen will, d. h. Verhandlungen. Die Ziele der Nationalbewegung hinsichtlich der Außenpolitik bestehen in der Forderung nach Sicherung der internationalen Gleichberechtigung. Ich bedauere den gegenwärtigen Zustand, der es den Südrtruppen verbietet, als Beschützer dieses Landes aufzutreten, außerordentlich. Die jetzigen Zustände in den fremden Konzessionen sind unhaltbar. Ich hoffe, daß die fremden Regierungen freiwillig das Standrecht aufheben, die Kriegsschiffe und Truppen zurückziehen und der Nationalregierung Gelegenheit geben

werden, selbst den Schutz von fremden Leben und Eigentum in China zu übernehmen.

Kein Ultimatum geplant.

Sondern nur „Repressalien“ erwogen. — Japan gegen Abenteuer.

London, 1. April. (Eigener Drahtbericht.) In offiziellen Kreisen wird, wie zu erwarten war, dementiert, daß die Note an die Kantongregierung ein Ultimatum darstellen wird. Jedoch wird zugegeben, daß Repressalien erwogen würden und die militärischen und Marinebehörden sowohl in England als in China über die einzuschlagenden Schritte befragt werden sollen. Unter den Repressalien, die gegenwärtig beraten werden, befindet sich u. a. die Frage der gewalttätigen Zurückgewinnung der abgetretenen Konzession von Hankau. (1) Alle endgültigen Entscheidungen sind jedoch bis zum Eintreffen der Antworten aus Tokio und Washington zurückgestellt. Es verläutet ferner, daß in japanischen Regierungskreisen der Gedanke der Einsetzung einer Untersuchungskommission über die Vorgänge in Nanjing in die diplomatische Diskussion geworfen worden ist. In London wird angenommen, daß neue Truppenverstärkungen für China unmittelbar bevorstehen.

Amerikanische Schadenersatzforderung.

Washington, 1. April. (W.B.) Allgemein erwartete man hier, daß die amerikanische Regierung in formeller Weise Entschädigungsforderungen wegen der Ausschreitungen in Nanjing erheben wird. Das Staatsdepartement, das mit Admiral Williams und dem amerikanischen Gesandten in Peking Mac Murray in ständiger Verbindung steht, hat allerdings bisher noch keine amtliche Redung zu seiner Stellungnahme ausgegeben. Der Vertreter Reuters in Washington erklärt dies auf Grund eigener Informationen damit, daß die Frage zurzeit noch nicht als hinreichend geklärt betrachtet werde.

(Weitere Nachrichten siehe 3. Seite.)

Partei politik über Reichspolitik.

Zum Kampf um den Finanzausgleich.

Durch das am Freitag erfolgte Eingreifen des preussischen Ministerpräsidenten und des Vertreters des Freistaates Sachsen in die Reichstagsdebatte über den Finanzausgleich ist der hochpolitische Charakter dieses politischen Kampfes aufs sichtbarste hervorgetreten. Es handelt sich ganz einfach um die Entscheidung der Frage, ob durch eine aus parteipolitischen Motiven zusammengeschlossene Koalition der Kampf zwischen den einzelnen Ländern bzw. den Ländern und dem Reich, der in der Vorkriegszeit das deutsche Volk so unselig zerklüftet hat, wieder hineingetragen werden soll. Wenn Preußen und Sachsen sich gegen den Sonderausgleich wenden, der zugunsten Bayerns auf Kosten der anderen Länder gemacht worden ist, so leitet sie dabei kein engherziges materielles Motiv. Sie sind vielmehr von dem Gedanken geleitet, daß die Reichseinheit und der Reichsgebante nur erhalten und gefördert werden können, wenn das Reich nicht einseitig einzelne Länder ungebührlich bevorzugt. Das ist auch das entsprechende Motiv für die Haltung der Sozialdemokratie, die sich weder von einer Abneigung gegen Bayern noch von einer Vorliebe für die Industriestaaten Sachsen und Hamburg leiten läßt.

Im Uebrigen hat der Verlauf der Auseinandersetzungen auch am Freitag trotz einiger spannender Zusammenstöße gezeigt, daß der Rechtsboden gegenwärtig durch noch so scharfe Vorstöße der Opposition nicht erschüttert werden kann. Die Regierungsparteien, die in gemeinsamen Verhandlungen das Kompromiß zustandegebracht haben, halten trotz sachlicher Bedenken im einzelnen an jeder Bestimmung fest, weil sie fürchten, daß sonst das ganze politische Geschäft gefährdet ist. Die Abstimmungen, die am Freitag in später Abendstunde stattfanden, lieferten ferner den Beweis, ein wie unzuverlässiger politischer Faktor die Wirtschaftspartei ist. Nur wenige stimmten entsprechend der offiziellen Parole und führten so die verhältnismäßig große Mehrheit der Regierungsparteien über die Opposition herbei. So gelangten die Forderungen der Regierung zur Annahme.

Eine andere Frage ist das Schicksal der Regelung der Biersteueranteile für die süddeutschen Staaten. Wie auch der Kampf im Reichstag ausgehen mag, in ihm wird die letzte Entscheidung nicht getroffen. Sie fällt entweder im Reichsrat oder den übergeordneten verfassungsmäßig vorgegebenen Instanzen, die mehr als die politischen Parteien an Verfassung, Recht und Gesetz gebunden sind.

In der heiligen Stadt.

Von Franz Josef Furtwängler.

Benares, im März.

Benares haben wir jetzt hinter uns. In jener Stadt, wo die Tempel und Tempelchen nach Tausenden zählen, atmet man heute noch das ganze wimmelnd bunte Leben altindischer Volkskultur. Gute Europäer, mit denen man sich im Hotel unterhält, sind von Benares, „schrecklich enttäuscht“, weil sie anstatt einer vergrößerten Ausgabe des Steindruckbildes, das zu Hause in ihrer Wohnung hängt, eine lebendige Stadt finden, in der es Staub gibt, Dreck gibt und nach Kuh riecht. Man wäre versucht, dies Gefühl blasiert zu nennen, wenn es nicht zu sehr an das Schulkind erinnerte, welches gleichfalls nicht begreift, daß die Heroen seines Lesebuches Menschenschweife absonderten und sich aller Geräte bedürftig bedienten. Eine vergleichende Statistik des Seifenkonsums müßte allerdings für Benares katastrophal ausfallen. Will man diesen aber zum alleinigen Wertungsmassstab erheben, dann streiche man gefälligst Karl den Großen samt allen Rittern des Mittelalters aus den Schulbüchern. Ich freue mich einstweilen, den Dunst dieser Stadt geatmet zu haben.

Eine moderne Textilindustrie hat Benares ebenfalls nicht; dafür noch viele tausend Weber am Handstuhl, die mit mühevollen, umständlichen Griffen und Bewegungen in langwieriger Arbeit die wundervollsten Paramenten- und Profatwebereien herstellen. Ein einziger Seidenwarenhändler der Stadt, dessen Lager wie besichtigten, beschäftigt zeitweise zweitausend Handwerker dieser Art. Stoffe, Silber- und golddurchwirkt, wie sie in keiner katholischen Messe prunkvoller verwendet werden, fliegen in diesem orientalischen Laden um einander und durcheinander wie Sackpate in den Fabriken von Kattuta. Nur zum Einpacken eignen sie sich, des Preises wegen, für unsern außerordentlich schlecht. Ein Millionär könnte von hier aus schon ein Herz beglücken auf der anderen Seite des Suezkanals.

Ueber die Löhne der Handwerker hier ist kaum etwas Wertbares zu erfahren, denn die tägliche Arbeitszeit dieses Heimgewerbes ist natürlich gänzlich unreguliert, und ferner ist der Unterschied der Geschicklichkeit in einem solchen Kunstgewerbe zu gewaltig. Die höchste zu ermittelnde Ziffer vom sechzig Rupien Monatsverdienst steht über den höchsten uns bisher bekannt gewordenen Arbeiterlöhnen, wird aber wahrscheinlich nur von sehr wenigen Webern erreicht, und von diesen nur unter Heranziehung von Familienmitgliedern zur Arbeit.

Also heißt's, am folgenden Tage weiterziehen und nur noch rasch die Sehenswürdigkeiten der Stadt vor die Augenlinse nehmen.

Die erwähnten Seidenweber arbeiten, der Empfindlichkeit der Rohstoffe wegen, im geschlossenen Raume. Anders die Vertreter der übrigen Handwerke, deren Häufigkeit und Unverfälschtheit für Benares nicht minder charakteristisch ist als seine heiligen Stätten. Schloffer, Kupfer-, Silber- und Goldschmiede, Töpfer, Tischler, Böttcher, Holz- und Eisenbeschneider — sie alle üben ihr Handwerk in dem offenen Vorderraum ihres Hauses oder zuweilen auf freiem Platze. Gar manches von den handwerklichen Geptigkeiten, die man so auf Streifzügen wahrnimmt, ist der Erwähnung wert.

Der Schmied sitzt auf flachem Erdboden, wenn er sein warmes Eisen hämmert. Dasselbe tun der Tischler und der Böttcher bei ihrer Arbeit, wobei ihnen die Füße, mit denen sie das Arbeitsstück in erstaunlich festem Griff halten, die Spannvorrichtung der Hobelbank ersetzen. Die Säge wird nicht gestoßen, sondern mit gegen den Arbeiter gerichteten Zahnspeisen gezogen. Ebenso zieht der Holzarbeiter den Stahl des Hobels gegen sich. Mit sabelhaftem Geschick wird von diesen Holzkünstlern eine hier allgemein verwendete Art des Handbohrers gehandhabt. Die Saite eines Fiedelbogens ist mehrmals um den drehbaren Bohrer gewickelt, welcher durch das Streichen des Bogens in sehr rasche Drehung versetzt wird. Kläglich primitiv sind hingegen wieder die handbetriebenen Seeläse der Schmiede. Alles scheint hier so vorteilhaft oder so rückständig zu sein wie vor tausend Jahren.

Das Rückständigste aber, was uns die Stadt enthielt, lag am heiligen Fluße, abseits von der handwerklichen Sphäre: die weltberühmte Stätte der Leichenverbrennung. Der Hindu verbrennt alle seine Leichen — ausgenommen die der Kinder, der Ausfähigen und der heiligen Männer. Wer aber irgend in der Lage ist, sendet den Leichnam seines Angehörigen zur Verbrennung nach Benares, wo dann die Asche in den heiligen Strom geworfen wird, und wer sein Ende nahen fühlt, stellt sich noch vor dem Tode hier ein, um ihn an dem geweihten Orte abzumarten. Auf steinernen Plattformen, welche, vom Fluße aufsteigend, in verschiedener Höhe liegen, findet die Verbrennung statt. Die Größe und Höhenlage der Feuerstätten richtet sich nach der gesellschaftlichen Rangstellung des Toten, oder vielleicht auch nach der Zahlungsfähigkeit der Hinterbliebenen. Dagegen ist die Art der Verbrennung in jedem Falle gleich primitiv. Der mit





## Um Leib und Leben bei der Reichsbahn. Die Folgen überlanger Arbeitszeit.

Die Verhandlungen zwischen den Tarifkontrahenten der Reichsbahn über die Neuregelung der Löhne und der Arbeitszeit haben bis jetzt noch zu keinem Ergebnis geführt. Das Sträuben der Reichsbahnhauptverwaltung, den Forderungen der Organisationen in deutlich sichtbarer Form entgegenzukommen, ist um so unverständlicher, als die Verhältnisse bei der Reichsbahn vor allem in der Arbeitszeitfrage so unerträglich geworden sind, daß sie die breitere Öffentlichkeit alarmieren müssen; denn schließlich hängt von den Arbeitsbedingungen des Eisenbahnpersonals ja auch Leben und Sicherheit des reisenden Publikums ab.

Die Kranken- und Unfallziffern bei der Reichsbahn sind in der letzten Zeit geradezu unheimlich in die Höhe gegangen. Es wurden vom 1. Januar bis 31. Dezember 1926 getötet: 246 Beamte, 134 Arbeiter; verletzt: 945 Beamte, 167 Arbeiter. Von den 330 getöteten Beamten und Arbeitern unterstanden 328 (86,3 Proz.), von den 1110 Verletzten 1016 (91,5 Proz.) den Dienstvorschriften. Besonders bedenklich ist die Zahl der in den Monaten November und Dezember 1926 getöteten Beamten und Arbeiter. Es wurden allein in diesen beiden Monaten 7 Beamte und 45 Arbeiter, zusammen 115 Personen getötet. Es ist höchste Zeit, daß gegen dieses mörderische System mit aller Entschiedenheit Front gemacht wird.

Angeichts der erschreckenden Zahl der Unfallstatistik ist es notwendig, einmal die Dauer der Arbeitszeit in den einzelnen Dienstzweigen unter die Lupe zu nehmen. Nach der amtlichen Statistik der Hauptverwaltung waren im Zugbegleitdienst insgesamt 48.525 Köpfe beschäftigt. Von diesen hatten 58,3 Proz. eine planmäßige wöchentliche Arbeitszeit von 54 bis 60 Stunden. Bei 18.153 Personen betrug die planmäßige Arbeitszeit wöchentlich 55 bis 60 Stunden. Im Lokomotivdienst waren 62.074 Köpfe beschäftigt. Davon hatten 49,5 Proz. eine planmäßige wöchentliche Arbeitszeit von 54 bis 60 Stunden. Im Bahnhofsdiensdienst waren 126.630 Köpfe beschäftigt, von denen 80,4 Proz. eine planmäßige wöchentliche Arbeitszeit von 54 bis 60 Stunden hatten. Bei 55.416 Personen betrug die planmäßige wöchentliche Arbeitszeit 55 bis 60 Stunden. Im Bahnbewachungsdienst waren 22.015 Köpfe tätig, von denen 64,9 Proz. eine planmäßige wöchentliche Arbeitszeit von 54 bis 60 Stunden hatten. Bei 8656 Personen betrug die planmäßige wöchentliche Arbeitszeit 55 bis 60 Stunden. Aus diesen statistischen Zahlen ergibt sich, daß jahraus, jahrein rund 100.000 Personen eine planmäßige Arbeitszeit von 55 bis 60 Stunden in der Woche leisten müssen. Dazu kommen noch Ueberschreitungen in außergewöhnlichen Fällen.

Diese Zustände, die insbesondere vom Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands scharf bekämpft werden, sind unhaltbar. Die Reichsbahnverwaltung muß, zumal sie dazu sehr wohl in der Lage ist, die berechtigten Forderungen der Eisenbahner erfüllen.

## Ausperrung der Lederhandschuhmacher. Großmannsdacht der Fabrikanten.

In der deutschen Lederhandschuhindustrie droht eine Ausperrung. Die Lederhandschuhfabrikanten haben beschlossen, allen in der Lederhandschuhindustrie Beschäftigten am 1. April zum 15. April zu kündigen. In Betracht kommen ungefähr 6800 Personen. Die Lederhandschuhfabrikanten hatten vom 1. April ab eine Zulage von 4 Proz. auf den Gesamtverdienst angeboten. Das Lohnabkommen sollte vom 1. April 1927 bis zum 1. April 1928 gelten. Weil die Handschuhmacher und Näherinnen dieses niedrige Angebot bei einer Dauer von einem Jahre ablehnten, sollen sie nun ausgesperrt werden.

Um den Kampffonds des Verbandes für den Fall einer längeren Dauer des Kampfes zu verstärken, hat der Vorstand des Deutschen Lederarbeiterverbandes beschlossen, ab 4. April einen Extrabeitrag von 1 Mark pro männliches Mitglied und von 50 Pf. pro weibliches Mitglied zu erheben. Wenn man berücksichtigt, daß innerhalb des Jahres, für das das Lohnabkommen Geltung haben soll, eine 20prozentige Erhöhung der Mieten eintritt, die automatisch weitere Verteuerungen nach sich zieht, so kann man es verstehen, wenn die Arbeiter und Arbeiterinnen der Lederhandschuhindustrie das Angebot der Fabrikanten ablehnen.

Der Vorstand des Lederarbeiterverbandes hatte den Vermittlungsvorschlag gemacht, das Lohnabkommen für ein halbes Jahr bis zum 1. Oktober d. J. abzuschließen, oder in neue Verhandlungen einzutreten, um über eine weitere Zulage für die Zeit vom 1. Oktober 1927 bis 1. April 1928 zu beraten. Beides haben die Handschuhfabrikanten abgelehnt.

Der den Arbeitnehmern aufgedrängte Kampf muß also mit aller Energie durchgeführt werden. Die Lederarbeiter allerorts müssen ihre Solidarität mit den gekündigten und demnächst ausgesperrten Handschuhmachern und Näherinnen in moralischer und finanzieller Hinsicht betätigen.

## Für den Achtsundentag.

### Öffentliche Kundgebungen der Textilarbeiter.

Dresden, 1. April. (Eigener Drahtbericht.) Der Deutsche Textilarbeiterverband veranstaltete am Donnerstag und Freitag an vielen Orten der sächsischen und thüringischen Textilbezirke Kundgebungen für den Achtsundentag. Die Teilnahme der Arbeiterschaft an den Veranstaltungen war überaus reg. Im Reuzersdorfer Bezirk (Oberlausitz) war ungefähr 8000 Textilarbeiter beschäftigt, nahmen rund 6000 Textilarbeiter an einer öffentlichen Kundgebung auf dem Markt teil. Die Arbeiterschaft kam in Zügen amarschierend und führte zahlreiche Banner und Standarten mit Aufschriften, die den Achtsundentag forderten, mit sich. Teilweise mußten die Züge im regnerischen Wetter Entfernungen von zwei Stunden zurücklegen, um an den Kundgebungen teilnehmen zu können. Besonders fiel die Teilnahme der Textilarbeiterinnen auf.

In Krimmitschau nahmen an der Veranstaltung rund 2000 Textilarbeiter teil. In Böhnef., dem alten Sitz der Tuchweberei, wo ungefähr 2400 Textilarbeiter beschäftigt sind, beteiligten sich an der eindrucksvoll verlaufenen Demonstration ungefähr 2000 Textilarbeiterinnen und Textilarbeiter. Auch in Reustadt a. d. Orla (Bezirk Gera) war die Teilnahme der Textilarbeiterinnen und Textilarbeiter an der Kundgebung sehr reg.

Die Veranstaltungen haben gezeigt, daß, wenn die gegenwärtige Regierung und das Unternehmertum bei ihrer Sabotage des Achtsundentages mit der Passivität der Arbeiter rechnen, sie sich sehr getäuscht haben. Die deutsche Arbeiterschaft ist bereit, den Kampf für den Achtsundentag und für eine angemessene Lohn-erhöhung aufzunehmen.

## Es geht vorwärts bei den Metallarbeitern. Der wachsende Einfluß der Amsterdamer.

Die in den letzten Tagen vorgenommenen Wahlen der Branchenkommissionen in der Berliner Dreiseververwaltung des Metallarbeiterverbandes haben gezeigt, daß die Berliner Metallarbeiter die kommunistische Kadaver- und Phrosenpolitik satt bekommen. Den Kommunisten ist es trotz intensiver Propaganda nicht gelungen, auch nur eine einzige Branche zu „erobern“. Sie haben im Gegenteil eine ihrer Hochburgen verloren, und zwar die Branche der Bildler, die sich seit mehreren Jahren in ihren Händen befand. Ihr „bescheidenes“ Ziel war, die Branche der Hobler, Bohrer usw. und die der Maschinenschlosser unter ihre Führung zu bekommen. Wenn sie auch den letzten Mann aufgebieten hätten — es erschien so manches Mitglied mit nur einer Marke im Verbandsbuch und stimmte für die Opposition! —, beherrschten doch die Genossen der Amsterdamer Richtung das Feld.

Erfreulich war die bedeutend stärkere Teilnahme an den Wahlen als in den Vorjahren, was davon zeugt, daß das organisatorische Interesse unter den Berliner Metallarbeitern wieder reger geworden ist. Im Durchschnitt beteiligten sich an den Wahlen doppelt soviel Mitglieder wie im Vorjahre. Nebenbei bemerkt sei noch, daß in der Branchenerneuerung der Eisen- und Revolverdreher von dem kommunistischen Branchenleiter 1180 Abstimmende festgestellt wurden, während die Addition der 636 für die kommunistische und 484 für die Amsterdamer Liste abgegebenen Stimmen nur insgesamt 1120 Stimmen ergibt. Die Auszählung ist wahrscheinlich nach dem Sowjetmehleins vorgenommen worden.

So viel nicht ledensfalls fest, daß die Kommunisten noch eine ganz andere Abfuhr erhalten hätten, wenn ihnen die Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse nicht so sehr die Agitation erleichtern würde. Der Erfolg, den unsere Gewerkschaftsgegner unzweifelhaft errungen haben, ist deshalb doppelt hoch zu bewerten. Wenn unsere Genossen weiterhin in den Betrieben und Versammlungen ihren Mann stehen und den Phrosen rüchlos heimleuchten, wird der Zeitpunkt nicht mehr fern sein, wo man auch im Metallarbeiterverband einer sogenannten „Opposition“ keine Beachtung mehr schenken wird. Gerade die Berliner Metallarbeiter brauchen eine Organisation, in der nicht durch schwülzige Reden und Maulheldentum die Mitglieder in zwei sich bekämpfende Lager gespalten werden, sondern in der durch zieleckere und zähe Gewerkschaftsarbeit eine Kampfruppe herangezogen wird, die einem so starken und geschlossenen Unternehmertum, wie es im Verband Berliner Metallindustrieller zusammengeschlossen ist, Erfolge abtrotzen kann. In diesem Sinne zu arbeiten, muß die Aufgabe aller vorwärtstrebenden Metallarbeiter in der nächsten Zeit sein.

## Amerikanischer Bergarbeiterstreik.

### Um Aufrechterhaltung der Löhne.

New York, 1. April. (W.T.B.) Zweitausend Weichkohlen-gruben in Arkansas, Illinois, Indiana, Iowa, Kansas, Missouri, Ohio, Oklahoma und Pennsylvania sind heute stillgelegt worden. Zweihunderttausend Bergleute des Bergarbeiterverbandes befinden sich im Streik, da die Gruben es ablehnen, das Lohnabkommen mit einem Tagelohn von 7 1/2 Dollar zu verlängern. Eine längere Dauer des Streiks ist wahrscheinlich. Bei den Verbrauchern macht sich bisher noch keine Beunruhigung geltend, da noch ein Vorrat von über achtzig Millionen Tonnen vorhanden ist und auch Gruben mit Kerkelern, die nicht dem Bergarbeiterverbande angehören, in Betrieb sind. Der Pittsburgh Terminal Coal Corporation kündigt an, daß sie Bergleute des Verbandes nicht wieder annehmen werde, und bietet ihren Arbeitern einen Tagelohn von sechs Dollar an. Infolgedessen werden dort Unruhen gegen Streikbrecher befürchtet.

## Kein Streik im Möbeltransportgewerbe.

Wie wir bereits mitteilten, hatte der Sächsischer die Unternehmer des Berliner Möbeltransportgewerbes und die Organisationsvertreter zu gestern nachmittag zu Verhandlungen geladen. Die Parteien einigten sich dahin, daß der Sächsischer einen für beide Teile verbindlichen Schiedsspruch fällen solle. Der dann gefällte Schiedsspruch sieht vor, daß die Wochenlöhne der ständigen Arbeiter ab 2. April auf 58 M., der Stalleute und Wächter auf 45 M. und die Tagelöhne der unständigen Arbeiter auf 11 M. und ab 1. Oktober auf 11,25 M. erhöht werden.

Das bedeutet für die ständigen Arbeiter eine Zulage von 5 M., für die Stalleute und Wächter von 4 M. wöchentlich und für die unständigen Arbeiter von 10 Proz. Das Lohnabkommen gilt bis zum 31. März 1928.

Der ebenfalls gefällte Manteltarif wurde mit einigen unwesentlichen Veränderungen bis zum 1. April 1928 verlängert. Damit ist der drohende Konflikt in letzter Stunde beigelegt worden.

## Tagung des Internationalen Arbeitsamts.

### Mussolini wird beschiden.

Genf, 1. April. (Eigener Drahtbericht.) Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes genehmigte heute vormittag den Bericht der Paritätischen Schiffahrtskommission und beschloß nach längerer Debatte unter Ablehnung eines einfachen Verschleppungsantrages des englischen Regierungsvertreters auf das Jahr 1929 endgültig eine Marinekonferenz zur Regelung der Arbeitszeit der Seeleute einzuberufen. Darauf begann der Rat mit der Beratung des Budgets für 1928, wozu der

Führer der Arbeitgebergruppe erklärte, daß er sich wegen einer Ueberschreitung des Budgets von 180.000 Franc gegenüber dem diesjährigen der Stimme enthalten werde.

In der Nachmittags-Sitzung wies die Arbeitervertreter Jouhaux, Dudgeest und Poulsen sowie Direktor Albert Thomas eingehend darauf hin, daß die Ausgaben des Amtes trotz Befolgungszulagen und Ausbau seit fünf Jahren keine Erhöhung erfahren haben. Die Arbeitervertreter warfen den Unternehmern Kleinlichkeit und den Regierungsvertretern Unbilligkeit vor, weil sie gegenüber der Entwicklung des Internationalen Arbeitsamtes eine andere Haltung einnehmen als gegenüber den anderen Organisationen des Völkerbundes. Schließlich wurde der Haushalt unter Verringerung um 140.000 Goldfrank mit rund 7,9 Millionen Goldfrank mit 15 gegen 6 Stimmen bei 3 Enthaltungen genehmigt. Darauf wurde Direktor Thomas beauftragt, für die nächste Sitzung des Rates einen besonderen Bericht über die Flüchtlingsfürsorge vorzulegen.

Der deutsche Antrag auf Uebersetzung der Reden auch ins Deutsche wurde nach lebhafter Aussprache, wobei vor allem Italien Einspruch erhob, mit 18 Stimmen bei 5 Enthaltungen als Antrag an die nächste Arbeitskonferenz zum Beschluß erhoben. Der zweite Antrag auf Herausgabe der Schriften des Amtes auch in deutscher Sprache soll erst in der nächsten Sitzung behandelt werden. Vor Schluß der Sitzung überbrachte der deutsche Regierungsvertreter die Einladung der deutschen Regierung, eine der nächsten Sitzungen des Verwaltungsrats in Berlin abzuhalten. Der Rat wird darüber in seiner nächsten Sitzung Bescheid fällen. Die angekündigte Interpellation des italienischen Regierungsvertreters gegen das Arbeitsamt wegen der außerordentlichen politischen Betätigung einzelner Beamter ist unterblieben und in eine Zuschrift an den Direktor des Arbeitsamtes umgewandelt worden.

## Lohnbewegung der Asphaltene.

Die im Deutschen Bauergewerksbund — Bauergewerkschaft Berlin — organisierte Fachgruppe der Asphaltene hatte der Unternehmervereinigung auf Beschluß der Versammlung vom 12. März das Lohnabkommen gekündigt. Angesichts der gesamten Verhältnisse forderten sie eine Lohnhöhung. Am Mittwoch, dem 30. März, fand die Verhandlung statt. Da die Forderungen schriftlich begründet waren, gab der Arbeitervertreter nur noch eine kurze Ergänzung dazu. Darauf erklärte der Syndikus Dr. Gebauer: „Meine Herren, die Herren Arbeitgeber haben beschlossen, Ihre Forderung abzulehnen. Die Andererseits ist nur ein ganz Geringses gegenüber dem gestiegen, wie sie bei der Lohnvereinbarung 1925 stand. Als Sie gefallen war, haben die Herren Arbeitgeber von einer Lohn-erhöhung abgesehen und haben Sie im Genuß des hohen Lohnes belassen. (??) Die Mietpreiserhöhung, und nur die für April kann in Betracht kommen, beträgt pro Lohnstunde 1 1/2 Pf. Da Ihnen seinerzeit kein Lohnabzug gemacht ist, so kompensiert sich jetzt die Sache. Es ist weiter zu bemerken, daß Sie höhere Löhne haben als die Tiefbauarbeiter und die Steinlegerhilfsarbeiter. Unter Berücksichtigung dieser Tatsachen lehnen wir Ihre Forderung auf Lohnhöhung ab.“ Dem Herrn wurde gesagt, daß seine Begründung der Ablehnung danebenhau. Nun werden die Asphaltene zu reden haben.

## Die Verhandlungen im Versicherungsgewerbe.

Wie uns vom Zentralverband der Angestellten mitgeteilt wird, konnten die Verhandlungen über die Erneuerung des Tarifvertrages, die gestern im Reichsarbeitsministerium stattfanden, noch nicht beendet werden. Sie wurden in vorgeschrittener Abendstunde auf heute vertagt.

## Lohnhöhung für die rheinischen Gemeindearbeiter.

Köln, 1. April. (Eigener Drahtbericht.) Für die Gemeinde- und Staatsarbeiter im Rheinland wurde von der Bezirkschiedsstelle ein Schiedsspruch gefällt, der die Löhne mit Wirkung ab 1. April neu regelt. In der Spitze beträgt zukünftig der Stundenlohn 86 Pf., die Sozialzulagen betragen pro Arbeitstag 24 Pf. Das Lohnabkommen ist erstmalig kündbar zum 31. Dezember 1927. Bis zum 15. April müssen die Parteien sich über Annahme oder Ablehnung des Schiedsspruches erklären haben. Der Spruch bedeutet für die Gruppe I einschließlich der Sonderklasse bis einschließlich Gruppe III eine Lohnhöhung von 5 Pf., für Gruppe IV 4 Pf., für die Frauen 3 Pf. pro Stunde. Für die Arbeiter der Stadt Köln gilt dieser Schiedsspruch nicht, da zwischen der Stadt und den Organisationen noch besondere Verhandlungen geführt werden.

## Freigewerkschaftlicher Erfolg.

Bochum, 1. April. (Eigener Drahtbericht.) Die Betriebsräte wahlen für den Ruhrbergbau haben für die Arbeiter folgendes Ergebnis gebracht: Freie Gewerkschaften 202.925 Stimmen (1926: 183.520), 1840 (1807) Mandate; christliche 78.209 (70.272) Stimmen, 677 (653) Mandate; Hilsch-Dunderliche 3707 (4306) Stimmen, 28 (26) Mandate; Polnische Berufsvereinigungen 1332 (1798) Stimmen, 7 (9) Mandate; Syndikalistische 6012 (7156) Stimmen, 54 (65) Mandate; Gelbe 7252 (4811) Stimmen, 32 (36) Mandate; sonstige 1521 (3189) Stimmen, 9 (21) Mandate.

Einschalpuher und Träger! Die Firma Ernst Jaek, Pankow, Binzstr. 23, führt auf der Baustelle Doblener Str., Ecke Glasgower Straße, Einschaltwände aus und beschäftigt Pucher und Träger, die nicht vom Arbeitsnachweis angefordert sind, trotzdem genügend Pucher für Einschaltwände auf dem Arbeitsnachweis vorhanden sind. Dieses Vorgehen der Firma verstoßt gegen unseren Tarifvertrag. Infolgedessen ist die Firma für Einschaltpuher und Träger gesperrt. Die Fachgruppenleitung.

Achtung, Zimmerer! Am Montag, dem 4. April, abends 7 Uhr, findet im „Dresdener Kasino, Dresdener Str. 96, unsere Zahlstellenversammlung statt. Alle Delegierten, die zur letzten Zahlstellenversammlung delegiert waren, haben die Pflicht, bestimmt und pünktlich zu erscheinen.

## Zentralverband der Zimmerer Deutschlands Zahlstelle Berlin und Umgegend.

Freie Gewerkschaftsjugend. Heute, Sonnabend, 7 1/2 Uhr, legt die Gruppe bei uns auf dem Weg im Gruppenheim, Jugendheim Gröbke, 16, wieder ab.

Verantwortlich für Politik: Bieda Schiff; Wirtschaft: G. Allgeheiler; Gewerkschaftsfragen: Frick; Kultur: Kestner; A. S. Ficker; Polizei und Conflicte: Fritz Kersch; Anzeigen: Th. Glack;amtlich in Berlin: Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin, Druck: Vorwärts-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Scherz u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2, hierzu 2 Beilagen und „Unterhaltung und Wissen“

W.H. WITTE

# Forbunkorff

## Die Enver Bey Zigarette für 3 1/2 von konkurrenzloser Güte

# Die Bananen-Invasion.



In den letzten Jahrzehnten hat die Banane als Nahrungsmittel eine große Bedeutung erreicht. Nicht nur ihre Schmackhaftigkeit und das ihr eigene Aroma, sondern auch der Gehalt an Nährwerten, die für den Aufbau und die Erhaltung des Organismus von großer Bedeutung sind, hat zum Aufschwung des Bananenhandels beigetragen. Die Fortschritte der modernen Ernährungslehre haben zur Erkenntnis der großen Bedeutung des Obstgenusses geführt.

## Die Entwicklung des Bananenhandels.

Da die Bananenfrucht eine verhältnismäßig geringe Haltbarkeit hat, blieb ihre Verwendung als Nahrungsmittel bis vor wenigen Jahrzehnten fast ausschließlich auf die tropischen und subtropischen Zonen beschränkt. Mit dem Aufschwung der Technik und infolge der schnellen Entwicklung des Verkehrs konnte an die Ausfuhr der Bananen auch in entfernt gelegene Länder gedacht werden. Die Frucht erfreute sich bald allgemeiner Beliebtheit. Die Folge war, daß sich Mittelamerika in kurzer Zeit zu dem eigentlichen Produktionsland der Bananen entwickelte. Urwälder wurden niedergeschlagen, Bananenplantagen von ungeheuren Ausmaßen angelegt und neue Verkehrswege geschaffen. Alles wurde dort auf den Bananenhandel eingestellt. Mensch und Tier, Eisenbahn und Wasserläufe, Hafenanlagen und große Dampfschiffe. Ja, sogar Forschungsanstalten entstanden, deren Aufgabe es ist, die günstigsten Bedingungen für den Anbau und den Versand der Bananen herauszufinden. Der Bananenhandel wurde zu einem Welthandelszweig von großer wirtschaftlicher Bedeutung, sowohl für die Ausfuhr, als auch für die Einfuhrländer. In den letzteren fanden eine größere Anzahl von Menschen durch den Handel mit den Früchten neue Existenzbedingungen. Nicht nur die Obsthandlungen bieten diese Produkte aus, sondern ein gewohntes Bild ist der Bananenwagen, der uns auf dem Wege zur oder von der Arbeitstätte tagtäglich, Winter und Sommer, an den Ecken der Querstraßen begegnet.

## Die Plantage.

Die anspruchsvollen Bananenpflanzen gedeihen nur ertragreich auf einem humusreichen Lehmboden, wie ihn vor allem die mittelamerikanischen Gebiete aufweisen. Alle diese Anforderungen erfüllt der Urwaldboden, dessen ursprüngliche Pflanzenwelt man zur Anlegung von Bananenplantagen ausrodete. Zunächst wird das nach genauer Untersuchung ausgewählte Gelände vom Unterholz und von Schlinggewächsen befreit und es werden Abzugsgräben angelegt. Die großen, mächtigen Urwaldbäume bleiben noch stehen,

während mit der Anpflanzung junger Bananensprossen begonnen wird. Hierzu werden die Wurzelstöcke alter Bananenstauden verwendet. Sie müssen möglichst zahlreiche unbeschädigte Knospen aufweisen und werden ähnlich wie Kartoffeln, von denen sie sich wesentlich durch Form und Größe unterscheiden, in den Erdboden gelegt. Nachdem die Anpflanzung der Bananen vollendet ist, wird mit dem Fällen der Urwaldbäume begonnen, die zwischen den jungen Pflanzen liegen bleiben, verweseln und dadurch zur Düngung des Bodens beitragen. Wege für Klein-Eisenbahnen, ein wahres Verkehrsnetz, werden angelegt, um nach der Ernte die Früchte zu den Sammelplätzen transportieren zu können. Zunächst bietet die neu angelegte Bananenpflanzung ein Bild der Verwüstung. Dieser Eindruck verschwindet nach Ablauf dreier Monate. Dann sind die jungen Pflanzen soweit herangewachsen, daß die Anlage durch den regelmäßigen Anbau der jungen Pflanzen einen geordneten Eindruck macht. Der fruchtbare Boden, die günstigen klimatischen Verhältnisse lassen natürlich auch das „Unkraut“ gut wachsen. Es wird regelmäßig nach Ablauf einiger Monate entfernt. Die Bananenpflanzen sind keine Bäume mit holzartigen Stämmen, sondern tiefliegende Stauden mit einem weichen Krautstamm, die im ausgewachsenen Zustande eine Höhe von 8 bis 10 Meter erreichen. Die ausgewachsene Bananenpflanze treibt von allen Seiten Wurzelstöcklinge, die nach der Ernte der Früchte an Stelle



der Mutterpflanze treten. Diese treibt mächtige Blütenbalden, aus denen nach erfolgter Befruchtung die Bananenfrüchte entstehen. Der Blütenstand wird ungefähr nach acht Monaten am Ende des weichen, grünen Stengels der Pflanze gebildet und sieht wie eine mächtige dunkelviolette Knospe aus, die bald hervordrückt und die Form eines Elefantenrüssels annimmt. Bald fallen die Hüllblätter, die den Blütenstand umgeben, und die unteren unfruchtbaren Blüten ab, so daß ein länger-schwanzartiges Stück entsteht, das am Ende eine bläuliche Quaste trägt. Es erscheinen die einzelnen Blüten, fingerförmig angeordnet. Sie sind ebenso wie die jungen Früchte nach unten gerichtet, während die reifen Früchte ihre Spitze nach oben wenden. Ein derartiger Fruchtstand soll ungefähr 150 Bananen tragen, die ein Gewicht von 35 bis 40 Pfund haben. Mit dem einmaligen Blühen und Fruchttragen ist für die Bananenpflanze die Lebenszeit abgelaufen; sie muß den jungen Pflanzen, die aus ihren Wurzeln sprossen, Platz machen. Durch das dauernde Nachwachsen von Wurzelstöcklingen ist in der Bananenpflanzung stets für junge Pflanzen gesorgt, so daß während des ganzen Jahres blühende, fruchttragende Bananenstauden und junge Tochterpflanzen vorhanden sind.

## Vom Pflanzler zum Verbraucher.

Die Ernte der Bananen erfolgt stets auf Anordnung eines Leiters, dem große Gebiete der Pflanzungen unterstehen. Dieser gibt heute funktentelegraphisch seine Anordnungen und fordert diejenige Menge reifer Bananen an, die der ihm angelegte Dampfer aufnehmen kann. Die Ernte geht sehr schnell vor sich. Im Laufe eines Tages müssen die Fruchtstände geschnitten, nach der Bahnstation und von dort nach dem Hafen geschickt werden. Da jede Bananenstaude nur eine Fruchtbalde trägt, wird die Pflanze unter besonderen Vorkehrungen, damit die Früchte nicht beschädigt werden, umgeschlagen. Der Fruchtstand wird mit einem scharfen Messer von dem Stamm abgetrennt. In wenigen Stunden werden die geernteten Bananen in die Hafensstädte gebracht. Die leicht verderblichen Früchte bedürfen dieses schnellen Transportes. Ein gut funktionierendes Verkehrsnetz durchzieht die Plantagen. Schnellste Beförderung ist von wesentlicher Bedeutung für die Produktion. Feldbahnen bringen zunächst die Bananen zu einem Sammelplatz. Dort werden die Früchte gesichtet, zu kleine und schlechte Früchte werden zurückgewiesen und die anderen in die bereitstehenden Waggons schnell verladen. Die große Anzahl der zur Füllung eines Bananendampfers notwendigen Waggons, es sind 320, läßt auf die großen Mengen von Transportmittel schließen, die zur Versorgung fast der ganzen Welt mit Bananen notwendig sind. Nachdem die Früchte in die Hafensstädte gelangt sind, werden sie nochmals gesichtet, die schlechten und kleinen Früchte entfernt und während der Nachtzeit in die großen Bananenschiffe verladen. Als Arbeiter werden in den Plantagen und in den weiteren Betrieben fast nur Neger verwendet, welche der schweren Arbeit in dem tropischen, feuchtwarmen Klima gewachsen sind. Europäer und Mischlinge halten die schwere Arbeit und das Klima auf die Dauer nicht aus. Die durchschnittlich 6000 Tonnen großen Bananendampfer werden sofort mit den Früchten beladen. Die ganze Einrichtung solcher Dampfer ist nur nach den Gesichtspunkten eines zweckmäßigen Bananentransportes festgelegt. Die Früchte werden nochmals durchgesehen, ihr Wert abgeschätzt und registriert. Das Innere des Dampfers ist in einzelne Zellen aufgeteilt, die mit dickem Korkwänden versehen, mit Zink beschlagen und, um eine Überhitzung der Früchte mit Metall zu vermeiden, mit Lattenrosten überzogen sind. Luftzufuhr und der Wärmegrad, der in den Räumen herrscht, wird Tag und Nacht geregelt und geprüft. Durch die Regulierung der Temperatur wird ein mehr oder weniger langsames Nachreifen der Früchte erzielt, was sich nach der Dauer der zurückgelegten Reise richtet. Wärme- und Kühlvorrichtungen dienen zur Regulierung der Temperatur.

Bei der Ankunft am Bestimmungsort und nach dem Festlegen des Schiffes im Hafen wird mit dem Ausladen begonnen. Besondere Vorrichtungen, laufende Bänder, sorgen für schnellste Entladung und Unterbringung der Früchte in die Lagerräume, wo sie weiter reifen, bis der Zeitpunkt des Verkaufs gekommen ist. Auch hier werden die Bananen sortiert und einer genauen Prüfung unterzogen. Die bereits völlig reifen Früchte werden in den Hafensstädten verkauft, die anderen reifen in den dazu eingerichteten Lagerräumen nach und gehen dann in besonderen mit Wärme- und Kühlvorrichtungen, mit Ventilatoren und Lattenboden versehenen Bananewaggons, die außen gelb angestrichen sind, in das Inland.

# Sif.

## Das Weib, das den Mord beging.

10] Roman von Fritz Red-Maskezewen.

Was, barmherziger Gott, ist denn eigentlich eben geschehen mit ihr, daß nun die Beulen so auf ihrem Fleische brennen, daß sie nun in wütender Angst davonläuft, sie, die verloren ist, wenn sie auffällt?

Verloren . . . verloren . . . fort von hier, um Gotteswillen!

An der Ecke der Friedrichstraße, in dem heulenden, aus Postautomobilen, Handwagen, Droschken und springenden Menschen zusammengemahlten Wirbel geschieht es, daß sie beinahe unter die Räder eines Omnibusses gerät: sie wird einige Schritte vorwärts gestopfen von dem Kühler des Wagens, fällt nieder, das unerbittliche Rad mit den grauen Gummireifen rollt auf sie zu: die Erlösung . . . das Ende allen Jammers!

Das Rad steht, wenige Zentimeter vor ihrem Kopfe. Sie wird aufgehoben, schaut um sich mit ihren irren Augen, klopft mechanisch den Schmutz von ihrem Mantel, hört das Fluchen des Chauffeurs, die belehrenden Reden des Wagemannes . . . weiter, weiter . . .

Sich Vergessen schaffen, sich wieder sicher machen! In der Passage, wo in kleinen Läden Kasierklingen „Mod extra“, Patentgummitragbänder, Konserven, Verbuzflügel und Lippenstifte feil gehalten werden, schlüpft sie in eine der auf hastiges Publitum berechneten Kleinen. Man stellt sich vor den Barriisch, läßt von dem Miger, ohne daß alles vermischt wurde, Maraschino, weißen Bordeaux, Kognak übereinandererschichten . . . das ganze, aus Amerika eingeschleppte, durchaus zum Untergang des Abendlandes gehörige Getränk nennt man wohl einen „Engelstuh“ . . . man läßt es sich zwei-, dreimal geben, der Barmiger macht verwunderte Augen, man hebt weiter. —

Alle Kriminalistenerfahrung sagt, daß der Mörder an die Schauplätze seiner Verbrechen automatisch zurückkehrt. Ob diese Erfahrung noch für den modernen Mördergentleman zutrifft, weiß ich nicht, glaube aber, daß diese Regel in gleichem Maße auf die Opfer irgendeines Anschlages zutrifft . . . arme Verwundete, die eben dorthin zurückkehren müssen, wo ihnen etwas geschah.

Die große Flügeltür des Egzeiorhotels mocht wie ein Wasserrad Gerechte und Ungerechte, Gentleman und Zuhälter, englische Reverends, Falschspieler, mediatifizierte Fürsten, Zwidauer Tegillfabrikanten und verteilte Polizeiagenten. Der Mann hinter dem Tisch der Office verteilte mit ehernem Gesicht Zimmer, Schlafwagenbillette, Quittungen, Opernkarten und Verbeugungen.

Sie rauscht in guter Haltung durch dieses Getriebe; so schön ist sie an diesem Abend, daß sie durchaus auffällt. Sie birgt sich wieder in der kleinen Bar mit der Scharmmusik und den ungebeuerlichen, wie aufgedeckten Betten herausfordernden Klubesseln. Hier war es, hier begann etwas, was nun über sie kommen muß . . .

Tanzmusik aus der hinteren großen Halle. Ist der Herr am Nachbartisch nicht am Ende ein Detektiv, daß er sie so anstarrt?

Kapelle Schachmeister hinten, Onestep „O Katharina“. Nein, der Herr im Smoking ist kein Detektiv, Herr im Smoking verbeugt sich etwas täppisch, bittet um diesen Tanz. Der Herr ist ein unzulänglicher Industriefüngling aus Vera, der väterliche Gelder verliert und im Tanz wie eine Lokomotive schnauzt.

Scharf ausgeschaut beim Tanzen nach jemandem, der kommen muß, der mit mathematischer Gewißheit eines Planeten erscheinen wird, nach jemandem, vor dem sie sich doch so fürchtet . . .

Sie wechselt, wandert in die Arme eines Lebegriffes, dem der Kall in den Arterien dampft, verführt einen schüchternen amerikanischen Jüngling von der Quäkermiffion zu höchst degogierten Pas, fragt ihn, als er nicht genügend reagiert, ob er seine Rutter aus Chitago mitgebracht habe, späht nach der Tür aus . . .

Sieht wieder in der Mittelhalle in dem Klubessell, horcht auf das Spiel der aus den oberen Stockwerken kommenden Elevatoren, weiß genau, daß er kommen wird, genau . . .

Herr aus Bagern mit Kasierpinzel auf giftgrünem Hutband fragt einen Listboy nach Nachtlotolen, zwei Herren in Smoking mit dreifachem Spednaden vertiefen sich in die Abendblätter mit den ersten Einzelheiten des politischen Nordes. Indischer Dichter, in feinen einem Damenmantel gleichenden Burnus gehüllt, angestaunt von sämtlichen in der Halle verammelten Snobs, wird zu dem Automobil geleitet, das ihn in seinen Vortrag bringt . . . schwere Papiere unter Führung von Körtina und jungen Mannesmann stark anziehend . . . junger Mensch dann mit zusammengestapeltem, etwas schädiger Eleganz, auf sie einredend.

„Cots?“ Distret geflüstert. Weißes Pulver, das man schnupft, und das einen sehr sicher machen soll . . . in Gottes Damen auch das!

Drei Staffato-hupenschreie draußen, das Surren des Elevators, das Weinen eines nicht hierher gehörigen Kindes, Aufspringen der Aufzugtür, Verbeugung des Listboys: jetzt ist er da!

Der Mann, der vor einer Stunde ihr Perlenkollier aufgehoben hat, geht drei Schritte entfernt an ihr vorüber, verbeugt sich leicht, als wäre dies die selbstverständlichste Begegnung der Welt . . . aus großen dunklen Augen trifft sie ein ironischer Blick.

„Hat gewußt, daß ich kommen werde!“

Der Mann ist für Minuten hinter den Papiermauern eines erotischen Blattes verschwunden, faltete das Blatt zusammen, bestellt ein Teufelsgebäude, spielt nachdenklich mit einem Borganon, schaut mit abwesenden großen Augen in das Theater der Halle.

„Katz spielt mit der Maus . . . wird kommen, wird zuffassen!“

Hinten Boston „I wish, I had a girl“, mit einer obzönen Generalpause, die die Tanzenden programmäßig zu einem Uebereinanderneigen der Körper zu benutzen haben. Dann wird sein Name in der Vorhalle, wo die Postoffice ist, gerufen, dann erscheint ein Page mit einem für ihn bestimmten Telegramm.

Der Oberst Miramon öffnet es lässig, schiebt's in seine Fradatsche, läßt, ohne sich aus dem Sessel zu rühren, den Manager kommen, eröffnet ihm, daß er übermorgen nach Buenos Aires müsse, daß man ihm Plätze besorgen, daß man seine Zimmer hier reservieren solle . . .

Das Gespräch wird so geführt, daß sie's hören muß.

„Nachtausgabe des „Tag“ . . .“

Ein Zeitungsboy, der mit diesem journalistischen Paradoxon durch die Halle läuft. „Sie reisen übermorgen?“ fragt die kleine Sif höchst blasiert ihren Nachbarn, obwohl man eigentlich merken muß, daß ihre Stimme zittert bei der Frage, daß ihre Hände nach mehr zittern, als sie dem Zeitungsjungen sein Blatt entzieht.

„Wirklich, übermorgen?“ Während sie fragt, jagen ihre Augen über die Spalten mit den Berliner Ereignissen: Straßenbahnkollision im bayerischen Viertel . . . General a. D. in Wilmersdorf verübt Selbstmord aus politischem Gram . . . neugeborene Kinderleiche im Liegensee. Nichts . . . kein Raubmord in der Burgstraße.

(Fortsetzung folgt.)

## Wo ist der Frauenmörder?

Das Absteigequartier zwischen Bülow- und Potsdamer Straße.

Die Nachforschungen der Nordkommission waren im letzten Wochentag besonders darauf gerichtet, den Verbleib der ermordeten Hausangestellten Frieda Ahrendt, über den nur spärliche Nachrichten vorlagen, zu ermitteln. Die Bekanntmachungen in den Zeitungen haben nun eine Reihe von Zeugen veranlaßt, sich zu melden, so daß man neue Aufschlüsse erhielt.

Das Mädchen war am Sonntag, dem 13. März, während der Besuchszeit zwischen 2 und 3 Uhr nachmittags im Birchow-Krankenhaus gewesen und hatte eine Bekannte aufgesucht. Im Anschluß daran erschien sie zwischen 4 und 5 Uhr bei befreundeten Leuten in der Oralmannstraße und erzählte hier, daß sie im Haushalt eines Desselfenhandlers in Moabit eine Stellung gefunden habe, die ihr zusage. Um 10 1/2 Uhr ging sie aus der Grolmannstraße fort, ohne mitzuteilen, wohin. Fünf Tage später, am 18. März, besuchte sie in den Nachmittagsstunden eine Hausangestellte in der Winterfeldstraße, plauderte hier über Nebensächlichkeiten und entfernte sich bald wieder. Wo sie sich während der nun folgenden sechs Tage aufgehalten hat, ist noch nicht ermittelt. Ihre Spur taucht erst wieder am 24. März auf, wo sie um 4 1/2 Uhr nachmittags eine Bekannte in der Kollendörferstraße besuchte. In Begleitung zweier junger Leute fuhr sie von dort um 7 Uhr nach Lichterfelde hinaus, um sich den Demonstrationenzug anzusehen. Man kehrte gegen 10 1/2 Uhr zurück. An der Ecke der Bülow- und Potsdamer Straße verabschiedete sich die Ahrendt von ihren Begleitern und ging die Potsdamer Straße entlang in der Richtung nach der Brücke. Offenbar hat sie in der Gegend der Bülow- oder Potsdamer Straße ein Quartier gehabt, in dem sie nächtigte und sich umkleiden konnte. Da sie sich weiter hauptsächlich dort aufgehalten hat, so neigt man zu der Annahme, daß sie in jener Gegend, vielleicht in einer der Seitenstraßen, auch ermordet worden ist. Die jungen Leute, die sie nach Lichterfelde begleiteten, sind bekannt, haben aber mit dem Verbrechen nichts zu tun. Auch sonst hat man noch keine Spur vom Mörder des Mädchens gefunden.

## „Rosenmontag“.

Die gestorbene Romantikerin.

„Ein Drama, wie es glücklicherweise nicht oft vorkommt, hat sich vor dem Gericht abgetragen; ein Drama, das die Angeklagten selbst „Unser Rosenmontag“ genannt haben“, sagte der Vorsitzende in der Urteilsbegründung. Der Elektromonteur P. und die Frau des Postkassens H. hatten den Film „Rosenmontag“ gesehen. Auch sie liebten sich, sie glaubten die Hindernisse, die durch die Ehe der Frau bestanden, nicht beseitigen zu können. So sagte sie zu ihm, nachdem sie den Film gesehen hatten: „Auch bei uns kann es einmal so kommen, wenn wir aber sterben, so wollen wir es hübsch machen.“ Sie beschloß sich zu sterben und den dreijährigen Jungen mitzunehmen. Und es kam wirklich so.

Vor Gericht war sie geneigt, ihm die Schuld zuzuschreiben: Wenn er mich so geliebt hätte, wie er dies behauptete, so hätte er doch sagen können: Komm, nehmen wir den Jungen und gehen wir davon. Die anmutig-hübsche, freundliche und intelligente Frau hatte als zwölfsährige Hausangestellte den neunzehnjährigen H. kennengelernt. Die Jahre, die H. im Felde verbrachte; schrieben sie einander. Im Jahre 1920 heiratete sie ihn — nicht aus Liebe, sagt sie. — Sie trug ein dreimonatiges Kind unter dem Herzen. Die junge Ehe wurde bald unglücklich; der Mann trank und gab zu wenig Wirtschaftsgeld, kümmerte sich gar nicht um die Frau. Da entzog sich ihm meine Liebe, sagt sie. Im Theaterverein lernte sie den P. kennen. Sie süßte sich zu ihm hingezogen. Langsam entstand zuerst ein freundschaftliches Verhältnis, ein geistiges Band zwischen beiden; sie gab ihm ihre Courtesy-Mahler- und Eschstruth-Romane, er seine Grotenschenmaler. Der schüchtern Liebhaber wurde über von ihr zu weiterem ermuntert. P. wurde in ihr Haus eingeführt. Sie empfanden es als ein Unrecht, daß sie den Ehemann der Frau hintergingen, der das Verhältnis duldete. Er sprach von Selbstmordgedanken, die ihm H. ausredete; sie war nahe daran, ihre Selbstmordabsichten zu verwirklichen, „der Tod ist doch so schön, so süß“ — er hinderte sie daran. blieb er fort, so rief H. ihn zurück, sie steckte ihm leidenschaftliche Zettel zu, schrieb ihm Liebesbriefe. Ihr Leben neben dem brutalen Mann wurde aber immer unerträglich. P. sprang mit Wirtschaftsgeld ein, holte den Mann nachts aus den Kneipen, er litt die Leiden seiner Geliebten. „Gib sie frei“, sagte er dem Freunde, „damit ich sie heiraten kann.“ H. schwieg. Als dann Frau H. Verdacht schöpfte, daß ihr Mann sein Geld bei einer anderen Frau lasse, kam die Katastrophe. In der Nacht zu Montag hatte der Mann Nachtdienst, da sollte es geschähe! Vorher wollten sie aber noch einen guten Tag leben. Sie veranlaßte ihren Geliebten, Blumen, Champagner, Taragonawein, Zigaretten einzukaufen, um — hübsch zu sterben“. Er holte diese Dinge und kam am Montag abend zu ihr. Das Kind schlief. Sie trank Sekt und Wein, rauchten Zigaretten, besprachen noch einmal ihr ganzes Leben, weinten zusammen und schrieben Abschiedsbriefe; der Tag graute schon. Es war höchste Zeit, der Mann konnte nach Hause kommen. Sie holte den Revolver, er entschloß sich. „Ich kann nicht das Kind erschlehen.“ „Du mußt es tun.“ — „Rein, ich kann nicht das Kind erschlehen.“ Sie gab zu verstehen, daß auch sie dann nicht aus dem Leben gehen würde. Plötzlich krachte der Schuß und zerrüttete das Gehirn des Kindes. Wer hatte ihn abgefeuert? Er sagt: sie; sie sagt: er. Dann schoß er auf sie und auf sich. H. fand das Kind tot, die Frau bewußtlos, den Liebhaber mit einer Kopfwunde bei Bewußtsein.

Die Sachverständigen Sanitätsrat Dr. Leppmann und Medizinalrat Dr. Dürrenfurth sprachen von schwerem Affekt, verneinen jedoch das Vorhandensein des § 51. Der Staatsanwalt beantragte für die Angeklagte wegen Totschlags die geringste zulässige Strafe von sechs Monaten und neun Monate Gefängnis für P. wegen Totschlags am Kinde und Körperverletzung an der H. Die Verteidiger, die Justizräte Dr. Bronner und Dr. Davidsohn forderten den Freispruch aus § 51. Das Gericht verurteilte dem Antrage des Staatsanwalts gemäß Frau H. zu sechs Monaten Gefängnis und P. zu neun Monaten unter Anrechnung von zwei Monaten Untersuchungshaft. Er verließ beiden Bewährungsfrist. Frau H. kehrt nun zu ihrem Manne zurück, mit dem sie jetzt bei ihren Schwiegereltern lebt. P. wird sein selbstständiges Leben im Hause seiner Mutter fortsetzen. Ihre „Romantiker“ hat Schiffbruch erlitten.

# Zur internationalen Frauentagung.

Die Kundgebung in Charlottenburg.

Auch in Charlottenburg fand die Internationale Frauenwoche einen Boden, der gut vorbereitet war. Der Anmarsch nahm einen eindrucksvollen Verlauf. Die Kundgebung selbst, die in den Spichernsälen stattfand, wurde vortrefflich eingeleitet durch den Frauenchor der Genossinnen, die uns die Lieder: „Wir Frauen“ und das Bergmannslied zu Gehör brachten. Dann sprach das Mitglied des polnischen Senats, die

## Genossin Kluschnyka.

Sie führte aus, daß schon die Tatsache, daß heute eine Vertreterin der polnischen Sozialdemokratie in Berlin sei, die große Tatsache beweise: Wir sind nicht mehr Feinde! Gewiß liebt jeder sein Vaterland, aber wollen wir, die wir einen Weltkrieg erlebt haben, noch einen Weltkrieg erleben? Nein. Im Sinne des Sozialismus ziehen wir unsere Kinder groß. Und die 15 Millionen Menschen, die der Weltkrieg getötet hat, lassen die internationale Sozialdemokratie aufhorchen, wenn es jetzt am Balkan wieder zu drohen scheint. Der Krieg mag ein Glück für die Kapitalisten sein, er ist ein Unglück für die Arbeiter. Und wenn man an den lieben Herrgott glaubt, dann kann man nur seine Lohse verlieren, denn im Kriege hätten alle Völker gebetet: Gib unserer Fahne den Sieg! Heute müßte man von einer Gesellschaftsordnung sprechen, aber das alte Haus soll umgebaut werden. Und schon jetzt, so sagte die polnische Genossin, sieht man in meinem Lande die Wandlung: gestern Zwang, heute aber durch Organisation Fortschritte nicht nur in den Großstädten, sondern sogar in der Landarbeiterbewegung.

Und so soll es überall werden! Der Kapitalismus ist einig und international, aber wo die Demut aufhört, da muß auch der Kapitalismus aufhören. Und so wollen wir zusammenarbeiten! Als zweite Referentin sprach die

## Genossin Wele Schreiber.

Sie knüpfte an an das Wort Bebel's: Die Frau ist das erste menschliche Wesen, das die Knechtschaft zu kosten bekam. Das Christentum hat für die Frauen nichts getan. Die französische Revolution von 1789 pachtete auf die Menschenrechte, wo aber blieben die Frauenrechte. Denke man an das Napoleon habe die Frauen entrechtet. Denke man an das Wort Louise Ottos: „Ich weine über jeden unserer Feinde. Haben sie denn nicht Mütter wie wir?“ Und niemals wollen wir es der Frau vergessen, daß an dem Kampfe der russischen Revolutionäre gegen den Zarismus die Frauen in hervorragendem Maße beteiligt waren. Aber heute gelte es, auch im nationalen Sinne gegen die Unterdrückung der Arbeiterklasse und — für uns — der arbeitenden Frau im besonderen zu kämpfen. National gehe es gegen den Bürgerblock, international gegen den Faschismus, jeder Sieg in einem Land ist ein Sieg in der ganzen Welt. Und in diesem Sinne arbeiten wir auf die nächsten Wahlen hin. Nieder mit dem Bürgerblock, Volkswohlfahrt und Völkerverständigung, Friede nach allen Richtungen, das ist unsere Parole, und in zäher Kleinarbeit werden wir den Sieg erringen! — Unter stürmischen Beifall schloß die Rednerin. Zum Abschluß der Kundgebung trug der Chor eindrucksvoll ein Kampflied vor.

## Stundung der Hauszinssteuer.

Sämtliche für das Steuerjahr 1926 (1. April 1926 bis 31. März 1927) bewilligten Stundungen der Hauszinssteuer mit dem Ziele auf Niederschlagung laufen mit Ende März 1927 ab. Soweit die Voraussetzungen für eine Stundung mit dem Ziele auf Niederschlagung nach dem 1. April 1927 noch fortbestehen, sind die Anträge, zu denen die von der Stadt herausgegebenen Vordrucke zu verwenden sind, zu wiederholen. Die Anträge auf Stundung können nur durch den Hauseigentümer bei der zuständigen städtischen Steuerkasse gestellt werden. Sie sind vollständig auszufüllen und sowohl von dem Mieter als auch von dem Hauseigentümer bzw. Verwalter zu unterschreiben. Sozialrentner, Kleinrentner, Kriegerhinterbliebene und Kriegsbeschädigte, die eine Zufahrt erhalten, und solche Personen, die laufend eine Unterstützung aus öffentlichen Mitteln beziehen, haben sich wie bisher wegen des Antragsformulars und der Bedürftigkeitsbescheinigung an die Wohlfahrtsämter zu wenden, die Erwerbslosen an die Arbeitsämter. Für die anderen Personen sowie für gewerblich genutzte Gebäude und Räume können die Vordrucke zu den Anträgen von den Steuerämtern abgeholt werden. Vordrucke zu Sammelanträgen (nur zweckmäßig, wenn Stundung für mehrere Mieter eines Hauses beantragt wird) werden ebenfalls von den Steuerämtern an die Hauseigentümer ausgegeben. Sämtliche Einzelanträge der Mieter müssen den Sammelanträgen beigelegt werden. Da zurzeit noch nicht feststeht, wie sich die Erhöhung der Mieten auf die Höhe der Hauszinssteuer auswirkt, empfiehlt es sich, die Anträge auf Stundung bei den Steuerämtern erst nach dem 1. April 1927 einzureichen. Die Einreichung bis zum Fälligkeitstag der Hauszinssteuer (15. April 1927) genügt. Soweit Bedürftigkeitsbescheinigungen der Wohlfahrtsstellen oder der Arbeitsämter erforderlich sind, wird den für eine Stundung in Frage kommenden Personen empfohlen, die Ausstellung der Mittellosigkeitsbescheinigungen schon jetzt zu beantragen. Die übergroße Anzahl der Stundungsanträge kann es mit sich bringen, daß in der Bearbeitung eine Verzögerung eintritt. Hierdurch können aber irgendwelche Nachteile oder Weiterungen sowohl für die Vermieter als auch für die Mieter nicht entstehen, denn bis zur Entscheidung über die Stundungsanträge werden wegen der Beträge, für die Stundung beantragt ist, weder Mahnungen noch Zwangsbeitreibungen eingeleitet. Soweit Stundungsanträge nicht gestellt sind, muß die Steuer an die Steuerämter bis zum 15. April 1927 abgeführt werden. Der Zeitraum, für welchen die Stundung gilt, ist aus dem dem Hauseigentümer erteilten Stundungsbescheid ersichtlich. Nach Ablauf dieser Frist sind die Anträge zu wiederholen.

Die Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin veranstaltet eine Morgenfeier unter dem Motto „Ans Leben hinein“ am Sonntag, dem 3. April, vorm. 11 Uhr, im Großen Schauspielhaus.

# Funkwinkel.

Blon Feuchtmanger, der erst vor wenigen Tagen den Funkhörern als Ethiker vorgestellt wurde, kam diesmal als Dramatiker zu Gehör. Seine Nachbildung aus dem indischen „Balantajana“ zeigte sich der Funkübertragung günstig. Denn dieses Spiel legt auch bei der Darstellung auf der Bühne keinen Wert auf Szenenbilder. Und so verminderte ihr Fehlen das Verständnis bei der Funkübertragung nicht. Die Aufführung von Grete Jacobsen, Ernst Kerschow, Walter Frank, Artur Kraushack und anderen tüchtigen Kräften getragen, verdiente allen Dank. — Auch die Nachmittagsveranstaltungen zeigten von dem erfreulichen Willen, den Funkhörern Gutes zu bieten. Dem von tüchtigen Kräften besetzten Kammerkonzert ging eine halbe Stunde „chinesische Ethik“ voran. Sehr anmutig wirkte die kleine Novelle „Der gelbe Rock“. Einen Vortragzyklus über die soziale Liebestätigkeit begann Helene Braun mit einer warmherzigen Einleitung. Dr. Johannes Radloß betonte in interessanten Ausführungen, daß die Kunst in den verschiedensten Zeiten in engem Zusammenhang mit Kultur und Politik gestanden und sie sogar bisweilen unmittelbar beeinflusst hat. — Auch Oberregierungsrat Dr. Engels Mitteilungen über das neue Angora, die ein anschauliches Bild des Landes skizzierten, paßten sich dem Rahmen der Rundfunkdarbietungen gut an.

## Die Braut oder die Stellung!

Wie schlecht sind doch die Menschen im allgemeinen — und wie oft verkennen sie die besten Absichten in der schönsten Weise! Besonders wenn ein Arbeitgeber sich einmal wahrhaft „mütterlich“ um das Wohl seiner Angestellten bemüht, lohnt man es ihm, auch so oft, mit schwarzstem Undank.

Da war dieser Tage eine Verhandlung vor dem Kaufmannsgericht. Der Kläger, ein junger Kaufmann, war von seinem Chef fristlos entlassen worden, weil er sich nicht auf dessen Wunsch von seiner Braut losgehen wollte. „Also entscheiden Sie sich: Entweder Sie geben den Verkehr mit dem Fräulein auf oder Sie verlassen Ihre Stellung!“ Und da der Angestellte darauf beharrte, seine Privatverhältnisse gingen dem Chef nichts an, forderte man ihm sofort die Geschäftsschlüssel ab, die er auf Grund seiner Stellung bis dahin gehabt hatte. — In der Verhandlung bestritt der Herr Chef freilich, daß das als fristlose Entlassung anzusehen sei, er hätte dem Angestellten nur vom „unpassenden“ Verkehr abbringen wollen, und da eine umfangreiche Zeugenvernehmung droht, verfuhr der Vorsitzende, unter allen Umständen einen Vergleich zustande zu bringen. Und das gibt lehrreiche Einblicke in die „Vergleichspraxis“. Der besagte Chef hatte seinen ehemaligen Angestellten, der sofort bei der Konturierung eine Stellung gefunden hatte, durch zum Teil sogar unrichtige Angaben über eine Vorstrafe des jungen Mannes aus dieser Stellung gebracht, er hatte auch durch die wahrheitswidrige Bemerkung auf dem Zeugnis: „Verläßt die Stellung auf eigenen Wunsch“ seinem ehemaligen Angestellten den Bezug der Erwerbslosenunterstützung auf sechs Wochen unterbinden und gegen den Chef schweben sowohl Verleumdungs- wie Schanden-erklärungen. Trotzdem hält der Vorsitzende es für richtig, einen Vergleich vorgzuschlagen, der den Angestellten verpflichtet, alle Klagen zurückzuziehen, auf jeden sonstigen Anspruch zu verzichten, wenn der Herr Chef ihm ... ganze 30 Mark zahlt und ihm ein neues Zeugnis ausstellt, in dem auch seine einwandfreie Führung im Geschäft bescheinigt wird.

Und dann wird die Verhandlung noch unterbrochen, damit Herr Schulz sich mit seinem Geschäftsführer darüber besprechen kann, ob das Geschäft wohl die Hergabe solcher Summe verträgt. Auf dem Korridor nimmt der Herr Chef sogleich die Gelegenheit wahr, seinen beiden Zeugen den Drehpunkt der Verhandlung klarzumachen, denn er hat sich entschlossen, auf den Vergleich nicht einzugehen, besonders, weil sein unverlässlicher Angestellter sogar 50 Mark verlangt, denn: „Was sind 30 Mark für sechs Wochen der Existenzlosigkeit“ meinte er wohl nicht mit Unrecht. — Also muß der Herr Vorsitzende doch in die Zeugenvernehmung eintreten. Nur eine Zeugin — eine Zeugin des besagten Chefs — wird gehört. Erst auf ernstliches Zureden entschließt sie sich, die Vorgänge am Entlassungstag selbst zu schildern. Zeugen des Klägers werden nicht gehört. Schon zieht sich das Gericht zur Beratung zurück ... und es ergeht ein Zwischenurteil. „Die Frage der fristlosen Entlassung scheint nach den Aussagen der Zeugin nicht ganz geklärt. Jedemfalls habe sich der Kläger aber, wenn es eine fristlose Entlassung gewesen sei, einverstanden erklärt, denn er habe ja für die drei Tage seit der letzten Zahlung Lohn angenommen. — Bis die Strafanzüge des Chefs gegen „Unbekannt“ wegen einer in seinem Betriebe zu der Zeit vorgekommenen Unregelmäßigkeit erledigt sei, solle er dem Angestellten ein interimistisches Zeugnis geben. Im übrigen sei die Sache vertagt, bis durch die Erledigung der Verleumdungs- und Schandenerklärungen sowie der Strafanzüge die Angelegenheit genügend geklärt sei.“

Blindenkonzert der Schupo zu freiem Eintritt. Das Kommando der Schupo veranstaltet mit seinem 100 Mann starken Sinfonieorchester, dem gemischten Chor der Schupo und dem Männerchor der Polizeibeamten, Charlottenburg, in Stärke von 200 Sängern am Sonntag, nachmittags 4 Uhr, im Großen Schauspielhaus, Parkstraße, ein Osterkonzert für Kriegsbeschädigte, Kriegerhinterbliebene, Sozial- und Kleinrentner. Die Leitung des Konzerts liegt in den Händen des berühmten Kapellmeisters Ramallo Hildebrand. Eintrittskarten werden an die sich ausweisenden Personen ab 1. April durch die Wohlfahrtsstellen bei den Bezirksamtern der Stadt Berlin und die Organisationen der freien Wohlfahrtspflege kostenlos verausgabt.

Keine Ermüdung der Hand, wenn man mit den Lq-Federn der ersten deutschen Stahlfederfabrik Feinge und Blanderb, Berlin, schreibt. Lq-Federn gleiten leicht über das Papier. Sie werden sich schnell von der Vortrefflichkeit dieser Erfindung überzeugen. Die Lq 695 ist in allen Papiergeschäften zu haben.

**Spindler** Abteilung Dampfwäscherei  
erbittet Ihre Osterwäsche schon jetzt  
SPINDLERFELD BEI COPENICK / BERLIN



# WOCH-ENDPREISE!



Alterlebst, dies  
frische Compose-  
Jumperkleidchen m. Falten-  
rock. Gr. 60-90.  
In Gr. 60 (jede  
weitere Größe  
0,75 M. mehr)

8 25

Reizvolles Jumper-  
Kleid aus  
gutem Rip-  
popelin; sehr  
effektiv der  
Compose-Auf-  
putz; Quersu-  
me über dem  
Faltenrock.

12 50

Flott wie Mutter  
im Mantel aus  
Herrenstoff  
mit Rückenlä-  
ten. Gute Arbeit.  
Größe 60-90.  
In Gr. 60 (jede  
weitere Größe  
M. 1.- mehr)

14 00

Flotter Mantel  
aus Shelland-  
stoff. Besitzt  
die neueste  
Paletot-Form;  
sie ist letzter  
Schick mit dem  
schmalen Herren-  
kragen und neuer  
Knopfstellung.  
Ganz auf gute  
Kunstseide gefüt-  
tet.

27 50



**Königstrasse 33**  
Am Bahnhof Alexanderplatz  
**Chausseestr. 113 Oranienstr. 40**  
Beim Stettiner Bahnhof - Am Oranienplatz

Nachdruck von  
Wort und Bild  
verboten!

Schriftliche Bestellungen können nicht berücksichtigt werden!

**J. Baer, Berlin N20**  
Badstraße 26, Ecke Prinzenallee  
Neuheiten für die Frühjahrsaison  
in  
**Herren- und Knabenmoden**  
fertig und nach Maß  
**Einsegnungs-Anzüge**  
von Mk. 18,- an  
**Sport- und  
Berufskleidung**  
Trotz billiger Preise nur Qualitätsware  
Beachten Sie bitte meine Schaufenster

**Prägepapier**  
In der Fabrikation erfahrener Fachmann  
für baldigen Antritt gesucht. Ausführ-  
liche Angebote, die vertraulich behandelt  
werden, erbeten unter B. D. 172 an  
Rudolf Mosse, Berlin SW. 19.

Unserem Genossen  
**Gustav Daue**  
nebst Frau  
die herzlichsten Glückwünsche zum  
Fest der Silberhochzeit  
79. Abteilung, I. Bezirk.

**B**esonders  
wirksam sind  
die KLEINEN  
ANZEIGEN im  
„Vorwärts“  
und trotzdem  
!! billig !!

**„HOFFNUNG“** Bekleidungs-  
Industrie  
G. m. b. H.  
Berlin N 54, Brunnenstr. 188-90

**Frühjahrs-Ulster u. Paletots**  
in großer Auswahl

**Loden- und Gummi-Mäntel**  
in allen Größen

**Sport-Anzüge in großer Auswahl**  
sehr preiswert

**Windjacken für Damen und Herren**  
in allen Preislagen

**Elegante Maßanfertigung**

**Herrenartikel.**  
Oberhemden :: Krawatten :: Hüte  
Stöcke :: Schirme usw.  
in guter Qualität zu billigen Preisen.

**Lederbekleidung für Schöfföre.**  
**Oelmäntel und Oeljacken**  
sowie Berufskleidung für jeden Beruf.

Alle Artikel für das Reichsbanner  
Fahnen, Fackeln, Lederzeug usw.

**Große  
Reklame Woche**  
bis Freitag den 8. April

für unsere Delikatess-Margarine  
Reichell's Überalles ½ Pfd. 60,-  
Reichell's Allerfeinste ½ Pfd. 50,-

**Auf jedes ½ Pfund  
ein großes Osterei**  
Schokolade mit  
Creme-Füllung

**Reichell**  
147 Geschäfte

# Das amerikanische Bauprojekt für Berlin.

## Vorschläge der Firma Chapman. — Licht und Schatten. — Organisation des Bauprojekts.

Wie der „Vorwärts“ kürzlich berichtete, hat die amerikanische Firma Chapman u. Co., New York, der Stadt Berlin ein Wohnungsbauprojekt vorgelegt, das die Öffentlichkeit jetzt stark beschäftigt. Die amerikanische Firma hat der Stadt Berlin vorgeschlagen, den Bau von 14 000 Zwei- bis Vierzimmerwohnungen in hochstöckigen Gebäuden mit einem Betrage von rund 150 Millionen zu finanzieren. Nach den von der Firma zur Verfügung gestellten Grundlagen soll das Kubikmeter umbaute Wohnfläche zu dem verhältnismäßig niedrigen Preise von 25 Mark errichtet werden.

### Die Vorschläge gehen darauf hinaus,

daß die Stadt Berlin den fertigen Wohnungsbauprojekt gewissermaßen postweise für 28 Jahre übernimmt und während dieser 28 Jahre das 150-Millionen-Kapital mit 10% Proz. verzinst und amortisiert, worauf die Stadt nach Ablauf der 28 Jahre die Häuser als unbeschränktes Eigentum übernehmen soll. Der amerikanischen Gesellschaft soll die Stadt Berlin die 10%prozentige Verzinsung garantieren, wobei die Erfüllung dieser Garantie von der richtigen Bewirtschaftung der Wohngebäude abhängen würde. Das bemerkenswerte an dem Plan ist, daß die amerikanische Gesellschaft davon überzeugt ist, daß die zu zahlenden Mieten das Friedensniveau nicht zu übersteigen brauchen. Dieser Plan hat in der Öffentlichkeit berechtigtes Aufsehen erregt. Die Aussicht, daß die drückende Wohnungsnot neben den sonstigen Bauabsichten in den nächsten zwei bis drei Jahren so beträchtlich verringert werden könnte, hat die Wohnungsbedürftigen, die Arbeits- und Auftragsmöglichkeiten, die in dem Plane liegen, haben die beteiligten Arbeiter- und Unternehmerrunden, natürlich auch die Interessenten des Baustoffmarktes, in lebhafter Bewegung versetzt. Die Stadt Berlin ihrerseits, die selbst vor der Ausführung eines sehr bedeutenden Bauprogrammes steht, hat den ihr gemachten Vorschlägen die größte Aufmerksamkeit zugewendet. Es ist ganz klar, daß den Vorschlägen

### grundtätig die größte Sympathie

gehört. Auf der anderen Seite ist es aber ebenso selbstverständlich, daß der Konsument, d. i. letztlich die mietende Arbeiterschaft, unter allen Umständen die Wohnungen so billig zur Verfügung gestellt erhalten muß, als nur möglich. Dazu gehört aber auch, daß weder die Stadt Berlin, noch die Bauausführenden von dem Bauherren, der in diesem Falle die amerikanische Gesellschaft wäre, hereingelegt werden dürfen. Denn das müßte letztlich das Heer der Mieter wieder büßen.

Selbstverständlich hat auch die Stadt Berlin die Vorschläge grundtätig begrüßt. Um so größer ist aber die

### Verantwortung, die Vorschläge auf das genaueste zu prüfen.

Und das scheint sich denn einmal herausgestellt zu haben, daß die Verzinsung, die die amerikanische Gesellschaft fordert, sehr hoch ist. In den 28 Jahren, in denen Zinsen und Amortisation zu bezahlen sind, würde nach den gemachten Feststellungen sehr viel mehr zu zahlen sein, als wenn unter gleich günstigen Baubedingungen das Kapital von der Stadt Berlin selbst beschafft werden würde. Legt man voraus, daß bei 7% Proz. Zinsen und Amortisation, was heute möglich wäre, eine Spanne von 3 Proz. gegenüber den amerikanischen Forderungen besteht, wobei allerdings Verwaltungskosten des Bauherren und auch später der Stadt berücksichtigt werden müssen, so ist die Forderung der Amerikaner beträchtlich. Das brauchte aber noch nicht ausschlaggebend zu sein, wenn der errechnete Mietsfuß, die von den Amerikanern versprochene Friedensmiete, richtig wäre. Gerade in diesem für die Stadt Berlin entscheidenden Punkte aber scheinen die Unterlagen des amerikanischen Projekts unzuverlässig zu sein. Was

entfernt davon, das Projekt abzulehnen, ist die Stadt Berlin pflichtgemäß jetzt darauf bedacht, die Vorschläge für sie selbst günstiger zu gestalten und die Verhandlungen besonders darauf zu konzentrieren, daß die Errechnung des Mietsfußes auf das genaueste kontrolliert und sichergestellt wird.

Tatsächlich muß es vom volkswirtschaftlichen Standpunkt gleichgültig sein, wer der Bauherr ist und wer das Kapital zur Verfügung stellt, wenn nur das Problem des Wohnungsbaues schneller und erfolgreicher gelöst wird. Dabei dürfen auch Raffortgeschickpunkte keine Rolle spielen. Wenn es den Amerikanern wirklich gelänge, so billig zu bauen, wie sie es versprechen, und wenn sie dazu beizutragen vermöchten,

### die Bau- und Beschaffungsmethoden zu revolutionieren,

so wäre das nur auf das Lebhafteste zu begrüßen. Die Verantwortung dafür, daß die Bauten ausführenden Stellen dabei nicht durch falsche Kalkulationen und untragbare Erhöhungen der Baustoffpreise geschädigt werden, müßte die amerikanische Gesellschaft selbstverständlich in erheblichem Maße mit übernehmen. Dabei ist es allerdings eine außerordentlich ernste Frage, wie das

### Hochtreiben der Preise für Baustoffe verhindert

werden kann. Es ist durchaus nicht notwendig, daß der starke Auftrieb auf den Berliner Baustoffmarkt durch das Bekanntwerden des amerikanischen Projektes erfolgt sein muß; denn das Reichsarbeitsministerium hat schon vorher die Baustoffproduzenten und Händler vor dem Ueberstolz mit Baustoffen warnen und die Bauherren zur Vorsicht in der Verteilung der Bauaufträge mahnen müssen. Sicher aber ist, daß besonders in Berlin, wo die öffentlichen Auftraggeber für Bauten bei den Mietenlücken, über die sie verfügen, ihre Macht als Käufer auf dem Baustoffmarkt bei weitem nicht so ausnützen, als es geschehen könnte. Dem Preisdruck für Baustoffe, zu dem natürlich auch das amerikanische Projekt beigetragen hat, könnte also durch die Zusammenfassung der Einkäufe und durch rechtzeitige Einkäufe auf dem Baustoffmarkt stark vorgebeugt werden. Ebenso vermöchte die Baupolizei einen sehr starken Einfluß auf die Gestaltung des Baustoffmarktes auszuüben, dessen Aufwärtsbewegung heute alle Wohnungsbauprogramme über den Haufen zu werfen droht.

Es liegt also heute nicht so, daß mit den Amerikanern nur günstigere Bestimmungen auszuhandeln sind. Das ist selbstverständlich. Auch nicht nur so, daß die Stadt gegenüber den amerikanischen Projekten die von ihr zu übernehmende Garantie durch richtige Errechnung des Mietsfußes in den wirtschaftlich gebotenen Grenzen zu halten hat. Das ist ebenso selbstverständlich. Es müssen vielmehr auch durch eine zweckmäßige Organisation

Sicherheiten dafür geschaffen werden, daß die gewaltige Machtposition der Stadt auf dem Baustoffmarkt richtig ausgenutzt wird,

und zwar nicht nur für das amerikanische, sondern für alle städtischen Bauprojekte überhaupt. Wenn das endlich geschehen würde, nachdem es längst das dringendste Gebot der öffentlichen Bauwirtschaft war, dann können die Baufolien überhaupt heruntergedrückt werden, und der Gewinn der Amerikaner braucht keine Hauptrolle zu spielen. Würde dieser Gewinn mit der längst notwendigen Revolutionierung der Bau- und Baustoffbeschaffungsmethoden bezahlt werden, so wäre die Durchführung der amerikanischen Vorschläge für die Stadt Berlin und die deutsche Volkswirtschaft immer noch ein sehr ermägenwertes Geschäft.

Zedenfalls muß die Öffentlichkeit das Vertrauen haben, daß unsere städtischen Behörden alles aus den Vorschlägen herauszuholen werden, was zur Behebung der Wohnungsnot herauszuholen ist. Auch die Amerikaner kommen natürlich nicht, um uns Geschenke zu machen.

## Entwicklung der deutschen Kreditwirtschaft.

### Die Zweimonatsbilanzen für Ende Februar.

Die Statistische Abteilung der Reichsbank hat für Ende Februar wieder die periodische Uebersicht über die Entwicklung der deutschen Kreditinstitute veröffentlicht, nachdem, wie gewöhnlich, zum Jahresabschluss in der zweimonatlichen Folge eine Unterbrechung eingetreten war. Die Öffentlichkeit wurde in den letzten Wochen mit Bankberichten aller Art überschwemmt, aus denen sich die Lage der deutschen Kreditwirtschaft für Ende 1926 erkennen ließ. Daß die Zweimonatsbilanzen für Ende Februar für den Vergleich den Zeitraum ab Ende Oktober offen lassen, das läßt die allgemeine Entwicklungstendenz auch deshalb reiner erkennen als die Jahresabschlüsse der Banken, weil bei den Zweimonatsbilanzen Dividendenrücklagen weniger mitspielen.

Unverkennbar ist in der Uebersicht einmal das auch noch im neuen Jahre sehr bedeutend gewachsene Geschäft aller Privatbanken, was mit der Geldanreicherung und der Konjunkturbelebung zusammenhängt, und auf der anderen Seite die stärkere Anspannung der öffentlichen Bankinstitute, soweit diese Zentralbanken öffentlicher Körper sind. Bei den sechs Berliner Großbanken (die Berliner Handelsgesellschaft berichtet auch heute noch nicht) hat sich einschließlich der Akzepten die Summe der ihnen zur Verfügung stehenden Gelder in den vier Monaten seit Oktober von 5798 auf 6635 Millionen erhöht. Davon entfallen auf eigentliche Bankengelder und Guthaben auf Kontokorrent zusammen 6274 Millionen Ende Februar gegen 5517 Millionen Ende Oktober vorigen Jahres. Dieser Zuwachs an fremden Mitteln kam am wenigsten den eigentlichen Wirtschaftskreditern zugute; die Wechselbestände sind bei den sechs Großbanken von 1413 auf nur 1427 Millionen angewachsen, die ohne Deckung gewährten Kredite von 807 auf 842 Millionen, die Wareneinlagen von 270 auf 379 Millionen. Wie der Vergleich mit den Abschlussbilanzen für Ende 1926 erkennen läßt, ist dieser verhältnismäßig sehr geringe, nur bei den Warenbelegungen etwas größere Zuwachs in der Hauptsache erst im neuen Jahre zustande gekommen. Die Zunahme der Wechselbestände für das Börsengeschäft von 628 auf 856 Millionen und der sogenannten gedeckten Forderungen von 2771 auf 3193 Millionen läßt erkennen, wie stark im vergangenen und zum Teil im neuen Jahre das gesamte Geschäft der Großbanken von den inländischen Kapitalmissionen und Börsenvorgängen beherrscht war.

In der Zusammenfassung der 33 Kreditbanken (im Oktober 35) kommt dieselbe Tendenz deutlich zum Ausdruck. Die von 7285 auf 8569 Millionen gestiegenen fremden Mittel (davon 6016 bzw. 8069 Millionen Kreditoren) erhöhen die Wechselbestände von 1789 auf nur 1848 Millionen, die ungedeckten Kredite von 1092 auf nur 1122 Millionen. Auch die Vorhülle auf Waren und schwebendes Gut sind um nur 130 Millionen auf 454 Millionen gewachsen. Dagegen stiegen die reinen Börsenverhältnisse, soweit sie bei Reports und Lombards zum Ausdruck kommen, von 744 auf 1075 Millionen und die gedeckten Debitoren, in denen ebenfalls große Spekulationskredite stecken, erhöht sich von 2597 auf 3155 Millionen. Es ist zwar auch diesmal deutlich zu erkennen, daß der

größere Teil des neuen Geschäftes den Berliner Großbanken zugewachsen ist; es scheint aber, daß in den letzten drei Monaten die Provinz ihren Anteil an dem Geschäftszuwachs gegenüber früheren Zeitabschnitten etwas gesteigert hat.

Bei den 21 berichtenden Staats- und Landesbanken hat sich die Gesamtheit der zur Verfügung stehenden fremden Gelder von 2088 auf 2241 Millionen gesteigert, also in bedeutend geringererem Ausmaße, als bei der Gesamtheit der Privatbanken. Bei der Verwendung dieser Gelder zeigt sich, daß die in den letzten Monaten eingetretene Anspannung der öffentlichen Kassen eine erhebliche Steigerung der diesen gewährten Kredite zur Folge hatte und daß die eigenen Geschäfte der Staats- und Landesbanken darunter litten.

Wenigliches gilt für die Statistik berichtenden 15 deutschen Girozentralen. Bei diesen sind die in Einlagen und Kontokorrentengeldern zur Verfügung stehenden Mittel von 1127 auf 1278 Millionen angewachsen. Die durch langfristige Anleihen beschafften Gelder sind sehr viel stärker gewachsen, nämlich von 550 auf 758 Millionen. In der Verwendung dieser Gelder zeigt sich bei der laufenden Kreditgewährung charakteristischerweise ein Rückgang von 381 auf 317 Millionen, dafür sind die Darlehen mit festen Laufzeiten sehr bedeutend, nämlich von 901 auf 1171 Millionen gestiegen. Der bei der Deutschen Girozentrale Berlin kürzlich festgestellte entscheidende Fortschritt zur überwiegenden langfristigen Kreditgewährung bestätigt sich also auch für die Gesamtheit der Girozentralen.

### Intensivierung der Gärtnereibetriebe.

#### Produktionssteigerung mit öffentlicher Hilfe.

Der Reichsverband des Deutschen Gartenbaues gab zusammen mit den beteiligten Unternehmungen dieser Tage Vertretern der Behörden und der Presse Gelegenheit, die Fortschritte im Anbau von Frühgemüse in der Provinz Brandenburg an praktischen Beispielen zu studieren.

Berlin ist eines der größten Verbrauchsgebiete für Waren des Gartenbaues. Gewaltige Mengen von Blumen werden täglich gekauft; größer und für weite Kreise der Bevölkerung noch wichtiger ist der geradezu ungeheure Bedarf an Obst und Gemüse aller Art. Unter den letzteren spielt das Frühgemüse eine besondere Rolle. Große Mengen davon werden, weil sie bisher nicht ausreichend in Deutschland produziert wurden, eingeführt. Lieferanten sind in erster Linie Italien, das vornehmlich frühe Tomaten liefert, sowie Holland, das neben vielen anderen Frühgemüsen hauptsächlich Treibhausgurken und Blumenkohl für den Berliner Markt herstellt. Für Treibhausgemüse, um das es sich vorwiegend handelt, spielen weder die Bodenverhältnisse, noch das Klima eine entscheidende Rolle. Es lag daher nahe, zu versuchen, den deutschen Gemüsebau im allgemeinen und die Treibhauskulturen so zu fördern, daß sie mit dem Ausland konkurrieren können.

Die große Bedeutung des Gemüsebaues hat denn auch die Reichsregierung veranlaßt, einen Kredit von 3 Millionen Mark zur Förderung der Frühgemüsekulturen zur Ver-

fügung zu stellen. Auch die Stadt Berlin hat beträchtliche Mittel für diesen Zweck den Gärtnern auf dem Kreditwege zugeführt. Es war beabsichtigt, diese Kredite zur Rationalisierung im marktlichen Gartenbau auszunutzen, die beteiligten Kreise haben sich dieser Aufgabe unterzogen und zunächst durch Typisierung der wichtigsten Hilfsmittel des Gartenbaues die Vorbedingung für eine billigere Produktion geschaffen. Innerhalb ganz kurzer Zeit wurden die Kredite ausgenutzt. In Treibhäusern, mit deren Bau man erst im letzten Spätherbst beginnen konnte, wird zum Teil schon jetzt geerntet. An anderen Stellen wird fleißig gearbeitet, um die Anlagen den modernen Erfordernissen anzupassen. Bei den hohen Preisen, die für Frühgemüse wie übrigens auch für Treibhausblumen gezahlt werden, haben diese Kulturen im allgemeinen gute Aussicht auf Rentabilität. Einige Belagernisse herrschen in Kreisen des Gartenbaues nur deswegen, weil es nicht sicher ist, ob die gewährten Reichskredite innerhalb der ausbedungenen Frist von fünf Jahren voll gezahlt werden können.

Besonders stark hat sich in der letzten Zeit der für die Versorgung des Berliner Marktes sehr günstig gelegene Ockerbruch als Gartenbaugbiet entwickelt. So liefert das Gebiet um Frankfurt a. d. O. bereits bedeutende Mengen an Gemüse für den Berliner Markt. Die großen Treibhauskulturen, die auf gemeinschaftlicher Basis in Gorgast angelegt wurden, brachten im letzten Jahre allein etwa 750 000 Gurken, 200 000 Kilogramm Tomaten, ferner Blumenkohl, Salat und andere Gemüsesorten nach Berlin. Hier sind ganze Felder, insgesamt über 6 Morgen in einem geschlossenen Betrieb unter Glas. Die Treibhäuser werden mit selbsttätigen Sprenganlagen versehen; auch sonst arbeiten sie mit den neuesten Ergebnissen der wissenschaftlichen Forschung, das gibt diesen Betrieben einen stark industriehähnlichen Charakter. Der zunehmende Frühgemüseanbau im östlichen Teil der Mark hat die Interessenten dazu bewogen, durch den Bau einer modernen Konservenfabrik in Frankfurt a. d. O. für größere Absatzmöglichkeiten zu sorgen.

Eine größere Zahl von privaten Gärtnereibetrieben verschiedener Größe, einzelne von ihnen mit stark spezialisierten Arbeitsgebieten, findet sich ja bereits in der näheren Umgebung Berlins. Eigentliche Kleinbetriebe, die nur dem Inhaber Verdienstmöglichkeit lassen, sind in der modernen intensiven Handelsgärtnerei selten. Erst von einer bestimmten Größe ab werden nämlich Treibhauskulturen wirtschaftlich rentabel; dann aber ist die Heranziehung fremder Arbeitskräfte erforderlich. Da die Kosten einer Treibhausanlage recht hoch sind, gehen manche Gärtner so vor, daß sie mit einem kleineren Eigenbetrieb anfangen, alle Ersparnisse wieder in den Betrieb stecken und auf diese Weise allmählich ein Treibhaus neben dem anderen errichten. Diese erst in der Entwicklung befindlichen Betriebe werden natürlich von Schwankungen der Konjunktur stärker betroffen als die größeren, technisch vollkommeneren und wirtschaftlich rentableren Unternehmungen. Demnach ist es ökonomisch richtiger, wenn nötigenfalls mit Leihkapital gleich Treibhausbetriebe in der richtigen, vollkommener auszubauenden Größe hergestellt werden.

Man hat im ganzen den Eindruck, daß die dem Gartenbau gewährten öffentlichen Kredite wirtschaftlich nutzbringend angelegt worden sind. Sie ermöglichen einer großen Zahl von Menschen die intensivste Bebauung des Landes, sie tragen dazu bei, mehr Arbeitskräfte zu beschäftigen und sie entlasten mit den Produkten, die in den Betrieben gewonnen werden, die deutsche Handelsbilanz von einer entbehrlichen Einfuhr. Dagegen ist es schwer, über die privatwirtschaftliche Rentabilität der übrigens außerordentlich verschieden gearteten Betriebe ein klares Gesamtbild zu machen. Teilweise scheint es auch an der Vorbedingung hierzu, nämlich an der genauen kaufmännischen Kontrolle zu fehlen. Darauf aber kommt es an, solche Betriebe auf lange Sicht hin wirtschaftlich zu gestalten. Sonst könnte sich leicht das Bild ergeben, daß man große öffentliche Mittel aufwendet, um eine Produktion auszubauen, die dann nur mit Schulpföllen oder anderen Hilfestellungen gehalten werden kann und beim Abschluß von Handelsverträgen sich dem Export deutscher Waren hemmend in den Weg stellt. Das sollte — und dazu sind innerhalb des Gartenbaues starke Bestrebungen im Gange — durch Ausbau der kaufmännischen Betriebsführung und genaue Rentabilitätskontrolle nach Möglichkeit vermieden werden.

### Die Entwicklung der Aktienkurse im März.

Die mannigfachen Beunruhigungen, die das Börsengeschäft im Monat März zu verzeichnen hatte, haben nach der von der Commerz- und Privatbank veröffentlichten Kursstatistik für die in Berlin gehandelten Aktien das Kursniveau im ganzen doch ziemlich unverändert gelassen. Ende März wurden 68,3 Proz. der in Berlin gehandelten deutschen Aktienunternehmungen mit 100 und mehr Prozent bewertet, also gleich dem nominalen Kapital und höher, gegenüber 69 Proz. Ende Februar. Also noch nicht 1 Proz. der in Berlin gehandelten Aktien ist durch die starken Kursbewegungen im März unter die Parigrenze gefallen. Immerhin lagen erhebliche Schwankungen vor. So sind die unter 50 Proz. ihres Aktienkapitals bewerteten Gesellschaften von 6,8 auf 7,4 Proz. gestiegen, die von 150 bis 200 Proz. ihres Aktienkapitals bewerteten Unternehmungen haben auf Kosten der niedriger und der höher bewerteten Gesellschaften zugenommen, und die Glanzpapiere (Kunstsäbe, Banken, Brauereien, Elektro- und Montanaktien) haben ihren hohen Stand beibehalten.

Konkurse und Geschäftsaussichten im März. Nach Mitteilung des Statistischen Reichsamts wurden im März 1927 durch den „Reichsanzeiger“ 557 neue Konkurse ohne die wegen Massenangelegenheiten abgelehnten Anträge auf Konkursöffnung und 132 angeordnete Geschäftsaussichten bekanntgegeben. Die entsprechenden Zahlen für den Vormonat stellten sich auf 473 bzw. 132. — Die Konkursjahre bleiben damit immer noch wesentlich hinter denen der Vorkriegszeit zurück.

Reparationszahlungen. Die Bank für deutsche Industrie-Obligationen hat heute, am 1. April 1927, den Betrag von 125 Millionen Mark, gemäß den Bestimmungen des Industrieabstufungsgesetzes als erste halbjährliche Rate der für das dritte Reparationsjahr vorgesehenen Jahresleistung von 5 Proz. auf die fünf Milliardenbelastung der deutschen Industrie dem Generalratung für die Reparationszahlungen überwiesen.

Zwangsmäßige Verlängerung des ober-schlesischen Kohlen-syndikats. Die Verhandlungen über die Erneuerung des ober-schlesischen Steinkohlen-syndikats haben, wie uns aus Gleiwitz gemeldet wird, zu keinem Erfolg geführt. Durch Verordnung des Reichswirtschaftsministeriums ist deshalb die Geltungsdauer des alten Vertrags, der am 31. März abläuft, um einen Monat verlängert worden.

Das schwedische Tabakmonopol wird für das Jahr 1926 eine Dividende von 7 Proz. gegenüber 8 Proz. im Jahre 1925 verteilen. Die Nettoeinnahme macht nur 6,5 Millionen Kronen gegenüber 11 Millionen Kronen im vorliegenden Geschäftsjahr aus.

# Bayernsieg über Reichsfinanzpolitik.

## Mehrheit für den Finanzausgleich des Bürgerblocks.

In der Fortsetzung der Finanzdebatte bezeichnet Abg. Koenen (Komm.) die 200 Millionen für die Länder als Beruhigungspflaster. Das Auftreten der Vertreter Preußens und Sachsens zeige aber, daß die Pflaster nicht gewirkt habe. Nur Bayern sei zufrieden.

Abg. Fischer-Köln (Dem.): Durch die jetzige Vorlage sollen die Reichselbständigkeit der Länder gestärkt werden. Der Redner verlangt völlige Befreiung der Gemeindebeiträge von der Einkommensteuer, Befreiung des vorläufigen Finanzausgleichs auf ein Jahr und Steuerentlastungen beim Einkommensteuertarif. Mit ernstester Besorgnis müsse man der Entwicklung des Jahres 1927 entgegensehen, nachdem der jetzige Etat auf 8 Milliarden angewachsen ist. Es sei zu befürchten, daß die Wirtschaft aus sich selbst heraus nicht die Kraft zu größerer Leistung gewinnen werde, daß sich vielmehr durch die steuerlichen Überbelastungen die finanzielle Rottlage verschärfe. Der Redner fragt nach dem Schicksal der 693 Millionen Kredite, die der Wirtschaft aus Steuerüberschüssen gegeben worden seien. Die Gehaltswirtschaft im öffentlichen Dienst müsse aufgehoben werden.

### Reichsfinanzminister Dr. Köhler:

Der Haushalt konnte nur unter schwersten Anstrengungen ins Gleichgewicht gebracht werden. Meine Darlegungen vom Februar dieses Jahres sind vollständig eingetroffen. Nur insofern habe ich mich geirrt, als ich glaubte, die Übernahme der Erwerbslosenfürsorge mit etwa 120 Millionen Mark vorziehen zu können, während ich einige Wochen darauf in die unangenehme Situation verwickelt worden bin, daß festgestellt wurde, daß nicht mit 120, sondern mindestens mit 250 Millionen Ausgaben für die Erwerbslosen- und Krisenfürsorge zu rechnen sei. Wir haben dann weiterhin in den Etat Ausgaben eingestellt, die sozialen Charakter tragen für die Kleinrentner und die Invaliden. Für diese neu aufgetauchten Ausgaben mußte Bedeckung gesucht werden. Da bin ich einen Weg gegangen, der mit jeder heute zum Vorkommen gemacht wird. Manche denken dann man es absolut nicht recht machen. (Sehr richtig!) Ich bin feiner als Wiesmayer, als Pessimist hingestellt worden.

Nun habe ich mir den Wirtschaftsoptimismus angeeignet.

Im Jahre 1927 wird es wohl die Möglichkeit geben, die Einkommen- und Körperschaftsteuer um 270 Millionen zu erhöhen. Insbesondere habe ich dabei die Körperschaftsteuer abgemogen. Wir haben dann weiter Abweichungen vom Etat durch Abstriche vorgenommen. Es ist natürlich nicht schwer, über jeden dieser Abstriche die Schale der Kritik auszugießen. (Zuruf links: Rinderpeilung!) Warten Sie doch mal ab, ob die Rinderpeilung gestrichen wird. Nicht aus militäristischen, sondern aus sozialen Gründen hat man diese Abstriche vorgenommen. Zur Herstellung des Gleichgewichts haben wir dann zunächst auf den Ueberschuß des Jahres 1926 vorgreifen. Das läßt sich, glaube ich, rechtfertigen. Dem Betrage nach ist es allerdings ein gewisses Wagnis, aber nach unseren Schätzungen werden wir einen Ueberschuß von ungefähr 200 Millionen erhalten. Endlich haben wir den Betriebsfonds bis zum höchstmöglichen Grade herangezogen.

Vom dem Redner der Sozialdemokratie ist darauf hingewiesen worden, daß das eigentlich etwas Furchtbares sei. Ich glaube aber die Verwendung des Betriebsfonds läßt sich rechtfertigen in einer derartig gespannten finanziellen Situation.

Darüber muß man sich allerdings überall klar sein, daß 1929 dieser Fonds für Ausgabenbedürfnisse nicht mehr zur Verfügung stehen wird.

(Zuruf links.) Ich polemisiere in keiner Weise gegen meinen Amtsvorgänger. (Erneute Zurufe links.) Ich werde darauf bestimmt nicht eingehen. Ich habe weder im Ausschuss noch hier irgendein Wort darüber geäußert, daß jemand den Betriebsfonds ausgezehrt hätte. (Lärm und Zurufe links.) Wir werden nach Einstellung des Betriebsfonds fremdes Geld aufnehmen und den Etat mit den Zinsen dafür belasten. Ganz abwegig ist die Bemerkung des sozialdemokratischen Redners, daß jetzt, 1927, der Anfang gemacht sei mit der Pumpwirtschaft. (Sehr wahr! links.) Im gegenwärtigen Etat ist für das Ordinarium feiner Pumpwirtschaft vorgesehen, daß wir das Extraordinarium auf Anleihe nehmen sollen, ist, glaube ich, schon 1926 die Meinung des Hauses gewesen.

Wir gehen also 1927 genau denselben Weg.

Indem nur wirklich verbundene Anlagen auf das Extraordinarium verwiesen werden. Der Finanzminister begründet im einzelnen die angegriffenen Dispositionen über die Ueberschüsse und fährt fort: Worin streiten wir uns denn? Es ist lediglich der Betriebsfonds nicht in den Etat eingestellt worden, und zwar im Einverständnis mit dem ganzen Hause; man hielt es nicht für nötig. Aber alle Ueberschüsse aus 1925 und 1926 sind im Hauptetat und im Nachtragetat für 1926 haushaltmäßig eingestellt worden.

Es ist richtig, daß der neue Etat bedroht ist

mit weiteren Ausgaben, aber jeder Etat wird so bedroht, wenn man von einem Monat zum anderen eine Milliardenmarke für die Erwerbslosen einstellen muß. Ich wünsche dringend, daß das Haus unter Zurückstellung aller anderen Bedenken das Gesetz über die Arbeitslosenversicherung so rasch wie möglich erledigt; denn wenn über den 1. Oktober 1927 hinaus erneut Mittel für die Erwerbslosen vorgesehen werden müßten, vielleicht für den ganzen Winter, dann wäre das ein Zustand, der von den Reichsfinanzen nicht getragen werden könnte. Das Versprechen an die Länder und Gemeinden wäre einfach nicht mehr weiter durchzuführen. Ich sehe in der Steuerreform von 1925 einen

Versuch der Anpassung an die neuartigen Wirtschaftsverhältnisse gegenüber der Vorkriegszeit. Diese Gedanken sollen mit Nachdruck fortgeführt werden. Dazu dient auch das von Herrn Fischer so mißtrauisch angesehene Reichsrahmengesetz über die Realsteuer. Außer dem meine ich, daß wir noch immer unter einer

Ueberspannung unserer Steuerlast und unserer Steuerfänge stehen. Man hat deshalb, nicht erst seit 1926, sondern schon mit der Steuerreform von 1925, fortgesetzt versucht, durch Steuererleichterungen die Lage der Wirtschaft zu verbessern. Dazu gibt es zwei Wege. Der eine ist die unmittelbare Senkung der Realsteuern, dieser Weg ist 1925 und 1926 beschritten worden. Der andere Weg besteht in Maßnahmen, die eine Senkung der Realsteuern in den Ländern und Gemeinden zur Folge haben müssen. Diesen Weg versucht der neue § 4 des Finanzausgleichsgesetzes. Man kann diesen Paragraphen, der etwas neues darstellt, Ranghaftigkeit vorwerfen, aber es handelt sich doch um eine Rechtsverpflichtung der Länder und Gemeinden. Ich bin auch der Meinung, daß das durchgeführt werden kann, da wir den Ländern tatsächlich gewaltige Lasten abgenommen haben. (Zuruf links: Den Gemeinden auch!) Den Gemeinden auch! Die unterstützende Erwerbslosenfürsorge ruht mit dem heutigen Tage ausschließlich auf den Schultern des Reiches. Wir werden auch

### das heisse Eisen einer Vereinigung unserer gesamten öffentlichen Verwaltung

ruhig angreifen. Wir werden den Geschehnissen über den endgültigen Finanzausgleich so frühzeitig vorlegen, daß er rechtzeitig verabschiedet werden kann. Ich gebe die Erklärung ab, daß ich in gar keiner Weise irgendeinem Partikularismus huldige. Partikularistische Tendenzen liegen mir vollständig fern. Ich halte es mit dem Manne, dessen Geburtstag heute ist, mit Bismarck, der gesagt hat: Partikularismus ist eine Basis der Schwäche. (Beifall rechts.) An die Stelle des Ueberweisungssystems des Dotationsystems treten zu lassen, ist ein Gedanke, dem man vielleicht später einmal in geeigneter Form gedenken kann. Bei dem jetzigen Provisorium konnte das nicht ausgeführt werden. Ich muß mich dann gegen die Behauptung von einem „Risikogehalt an die Länder“ — von hundsvieler Millionen oder Milliarden — wenden. Wir haben lediglich die Konsequenz gezogen aus der erhöhten Schätzung der Einkommen- und Körperschaftsteuer. Die Länder haben einen Einspruch auf eine Erhöhung. Es ist also kein Geschenk, sondern nur das, was sie wirklich zu bekommen haben, ist jetzt schon fest in Anschlag gebracht, damit jedes Land und jede Gemeinde genötigt ist, mit den entsprechenden angelegten Maßnahmen schon jetzt vorzugehen. Am stärksten angegriffen sind

### die Ueberweisungen aus der Biersteuer.

Die Auffassung des preussischen Ministerpräsidenten, die von diesem nach der sachlichen Seite in dieser Angelegenheit vertreten worden ist, kann ich nicht teilen. Dadurch, daß die Biersteueranteile der drei süddeutschen Länder erhöht worden sind, ist entgegen der Auffassung des preussischen Ministerpräsidenten keinerlei Kürzung der Gelder für den Osten eingetreten. (Zuruf und Widerspruch links.) Das besetzte Gebiet wie das Gebiet im Osten sind durch die Bolancierung des Etats in gar keiner Weise geschädigt worden. Im Gegenteil, wir haben in den letzten Tagen für die Ruhrhilfe 30 Millionen weiter eingeleitet; der Grenzfonds ist von 15 auf 25 Millionen erhöht worden und außerdem sind außerordentlich starke Mittel für Siedlungs- und Umsiedlungsarbeiten, die doch fast ausschließlich dem Osten Deutschlands zur Verfügung gestellt werden. (Zuruf links: Abwarten!) Was sollen wir denn abwarten? Ich nehme doch nicht an, daß Sie diese Beiträge ablehnen werden. Ich glaube also, daß diese Vorwürfe gegen die Reichsregierung durchaus abwegig waren. Sonst ist es nach ein Gegenstand des Mißtrauens, daß angeblich Sondervereinbarungen getroffen werden sollten wegen der Post- und Eisenbahnabfindungen usw. und wegen anderer Auswertungsfragen. Da bitte ich Sie, sich doch auf den Boden der Wirklichkeit zu stellen. Wenn die Postabfindungen mit Württemberg und Bayern anders geregelt werden müßten, weil zunächst die Grundlage für die Finanzjahre fehlt, zu denen wir verpflichtet sind, so wird der Reichstag selbstverständlich seine Zustimmung geben. In der Frage der Eisenbahnabfindung liegen seit Jahr und Tag die Dinge gleich, und es ist gar nichts geschehen. Die Ansprüche, die in den letzten Wochen und Monaten an das Reich wegen der Aufwertung und der Entschädigung für abgetretenes Staatsgut gemacht worden sind, werden in aller Bonität mit allen Ländern, sei es nun Preußen, Sachsen, Bayern oder Württemberg, geregelt werden. Es liegt deshalb in gar keiner Weise Veranlassung vor zur Aufregung, soweit sachliche Dinge in Frage kommen. Politische Dinge aber damit zu vermischen, würde ich für einen Fehler halten.

Abg. v. Guericke (B.) findet es unverständlich, daß der preussische Ministerpräsident falsche Behauptungen über die Grenzgebiete aufstellen konnte und bezieht sich dabei auf die Angaben des Ministers. Für die bedürftigen Gebiete seien keine Ausgaben gefügt worden. Die Regierungsparteien hätten nur die Hoffnung, das das Vorgehen des Reichs in Preußen Nachahmung finde und daß Preußen nicht wieder wie vor 2 Jahren aus dem 75-Millionen-Fonds 4% für Schuppenuniformen verwende.

Abg. Drewitz (Wg.): Das finanzielle Entgegenkommen gegenüber Ländern und Gemeinden macht es der Wirtschaftspartei unmöglich, noch länger der Regierung wohlwollend neutral gegenüberzutreten. Die Realsteuerentlastung werde unter diesen Umständen ein schöner Traum bleiben. Es gebe keinen anderen Weg, der Veranschuldung der Länder und Gemeinden zu steuern, als sie auf sich selbst angewiesen, ihnen das Zuschlagsrecht zur Einkommen- und Körperschaftsteuer zu geben.

Abg. Hampe (Hannd.) tritt für größere Steuererleichterungen der Länder ein. Seine engeren Freunde wären für eine einjährige Verlängerung des provisorischen Finanzausgleichs zu haben gewesen, nachdem aber alle ihre Anträge abgelehnt worden seien, würden sie die jetzige Vorlage ablehnen.

Abg. Koch-Weser (Dem.) verlangt vom Reichsfinanzminister, daß er von den Angriffen der Redner der größten Regierungspartei gegen dessen Vorgänger abhalte.

Eisenberger (B. P.) meint, daß vielleicht die Großgrundbesitzer Steuerabstöße trüben, bei den kleinen Bauern sei das nicht der Fall. Es wäre manches noch hereinzuholen, wenn

man die früher privilegierten Stände stärker anpacke. Stürmische Heiterkeit erregt der Redner, als er im bayerischen Dialekt das Personal eines Großgrundbesitzers aufzählt. In der Steuerreform seien die großen Herren mit schlechtem Beispiel vorgegangen. Die riesigen Gewinne der großen Unternehmungen zeigten doch, daß das Kapital trotz Inflation erhalten worden sei. Auf einen Zwischenruf erwidert der Redner: Es gibt auch christliche Juden! (Stürmische Heiterkeit.) Wenn ein Erwerbsloser nebenbei etwas verdienen, werde ihm sofort die Unterstützung entzogen, aber man sehe ruhig zu, wie die Großpensionäre noch sehr einträgliche Nebenbeschäftigungen haben. (Sehr richtig! links.) Große Steuerhinterziehungen müßten mit Freiheitsstrafen belegt werden, über 50 000 M. mit Gefängnis, über 200 000 M. mit Zuchthaus. Als die preussischen Beamten nach Bayern kamen, haben wir uns gefragt: Was, die werden auf die Bauern losgehen. Aber dann dachten wir, man braucht sie ja nicht gleich aufzuhängen, die werden schon von allein aussterben. (Stürmische Heiterkeit.) Wenn man neue Steuern schaffen wollte, so könne man doch eine Robsteuer schaffen. (Heiterkeit.)

### Abg. Reil (Soz.):

Ich stelle fest, daß nach dem Verlauf der bisherigen Debatte über die Finanzpolitik nicht behauptet werden kann, die Sozialisten bei den Regierungsparteien. Vor zwei Jahren hatten wir den deutschnationalen Finanzminister v. Schlieben, der auf der Grundlage der druckten Finanzpolitik Luthers seine Theorien der Ruhrindustriellen, er sorgte aber auch dafür, daß die Reparationsverpflichtungen erfüllt werden konnten.

Aus entlassenen Gegnern der Erfüllungspolitik waren sozialistische Freunde der Erfüllungspolitik geworden.

Finanzminister Reihold wurde von den Deutschnationalen wegen seiner Parole, hart an der Grenze des Defizits zu bleiben, verfolgt. Immerhin konnte Reihold, der nie unser Freund war, einen statischen Ueberschuß hinterlassen. Was sehen wir jetzt? Dieselbe Politik, die Reihold betrieben hat, wird von der augenblicklichen Regierungskoalition fortgesetzt. Aber wir bewegen uns nicht mehr hart am Rande des Defizits, sondern

wir bewegen uns schon dem Abgrunde zu. (Sehr wahr!)

Denn nicht einmal für die Erfüllung der wichtigsten sozialpolitischen Forderungen ist Vorsorge getroffen worden. Dieser Etat ist ein reiner Defizitetat. Soll die Wirtschaft dadurch belebt werden, daß man die 50 Millionen für Notstandsarbeiten und die Ausgaben für andere wichtige sozialpolitische Aufgaben droffelt, nur um den Etat künstlich zu balancieren? Man hat sogar 200 Millionen aus dem vorigen Jahre hinzugenommen, obwohl dessen Ueberschüsse noch gar nicht feststehen. Ebenso unzulässig ist die Balancierung des Etats durch die Verwendung des Betriebsmittelfonds. Das ist im Endergebnis nichts weiter als die Herstellung der Balance durch Anleihe. (Sehr wahr! bei den Soz.) Früher oder später kommt der Zeitpunkt, wo die zur Wiederbeschaffung von Betriebsmitteln ausgegebenen Schatzwechsel in eine langfristige Anleihe umgewandelt werden müssen.

Die Schuld des Reichs befindet sich aber bereits wieder stark im Anwachsen.

Deshalb wäre die größte Gewissenhaftigkeit bei der Aufstellung des Etats notwendig gewesen, auch im Hinblick auf die Reparationsverpflichtungen. Wir waren uns gestern einig darin, daß wir mit vernünftigen Mitteln auf eine Herabsetzung und Begrenzung der Reparationsverpflichtungen hinarbeiten müßten. Aber man hat damit Erfolg haben werden, wissen wir nicht, deshalb ist es unsere Pflicht, bis dahin mit größter Vorsicht und Gewissenhaftigkeit die Reichsfinanzen sicherzustellen, um eine Krise zu vermeiden. (Sehr wahr! bei den Soz.) Es ist aber keine Vorsicht und Gewissenhaftigkeit, eine einzelne der zwischen Reich und Ländern schwebenden Streitfragen herauszugreifen, ohne sich deren Tragweite bewußt zu sein. Die Biersteuerentlastung kam jetzt wie ein Schuß aus der Pistole, ohne jede Vorbereitung. Ich vermute mich nicht dagegen, daß Württemberg mehr aus der Biersteuer erhält als bisher. Aber ich bin auch nicht in der Lage, den Ausführungen des Vertreters Preußens zu widersprechen. Bei Streichung der erhöhten Garantie für die Länder wäre es wohl möglich, die Streichung der 50 Millionen für Notstandsarbeiten und für andere soziale Zwecke zu verhindern. (Sehr richtig!) Die Länder bekommen doch schon ihre Anteile. Aber die Garantie wird nur zu dem Zwecke gegeben, die Realsteuern zu senken. Das bedeutet eine

Milderung der Realsteuern auf Kosten vor allem der Gehalts- und Lohnempfänger.

Wir wenden uns nicht gegen eine Senkung der Realsteuern dort, wo sie überflüssig hoch sind, aber wir wenden uns dagegen, daß sie zugunsten der großen Grundbesitzer vorgenommen werden. Es kommt noch hinzu, daß das, was hier gemacht wird, kein „Ausgleich“ ist, sondern eine Begünstigung der einen gegen die anderen, und das führt zu einem Krieg der Länder untereinander, wovon wir heute schon einen Vorgeschmack erhalten haben. Wir wollen aber die Stärkung des Gemeinschaftsgefühls. Wir haben nicht das monarchistische Regierungssystem beibehalten, um jetzt neue Zwietracht hineinbringen zu lassen. Die heutige Rede des Herrn v. Guericke hat nicht dazu beigetragen, die Harmonie zwischen dem größten deutschen Lande und dem Reich zu stärken. Das ist um so weniger der Fall, als diese in ihren Einzelheiten nicht unansehbar ist. Er hätte doch wissen müssen, daß z. B. für die Grenzgebiete vom Reichsrat eine Summe von 30 Millionen angefordert worden ist, daß also Preußen durch die Herabsetzung auf 25 Millionen geschädigt wird. Alle diese Momente tragen nicht dazu bei, den deutschen Einheitsgedanken zu fördern. Wir sollten uns davor hüten, einen Zustand zu schaffen, der den Einheitsgedanken erschüttert. Weil aber der Finanzausgleich diese Gefahr in sich birgt, können wir ihm unsere Zustimmung nicht geben. (Beifall bei den Soz.)



Sicherheit im Automobilverkehr verbürgen

# DUNLOP

Stahlseil-Ballonreifen auf Tiefbettfelgen.

Die weitere Beratung beschäftigt sich mit den Grundfragen der Einnahmeverteilung an die Länder.

**Abg. Dr. Herz (Soz.)**

wendet sich mit Entschiedenheit gegen das Kompromiß der Regierungsparteien, wonach die Ueberweisungen nicht mehr nach dem Aufkommen an Einkommen, Körperschafts- und Umsatzsteuer geregelt werden soll, sondern nach der Bevölkerungszahl der Länder. Das Problem der Verteilung der Garantiesumme auf Länder und Gemeinden ist eines der schwierigsten wirtschaftlichen und finanziellen Probleme überhaupt. Aber wenn sich an den bisherigen Grundfragen Mängel zeigen, dann hätten sie nach sachlichen Gesichtspunkten beseitigt werden müssen. Von solchen sachlichen Erwägungen ist aber hier keine Rede.

Die bisherigen Grundfrage des Finanzausgleichs sind durch die Beschlässe des Haushaltsausschusses vollkommen verlassen worden, und das geschah nur aus politischen Erwägungen.

Für uns ist auch nicht bestimmend, daß einzelne Länder, wie Hamburg, Sachsen und Bremen zugunsten kleinerer agrarischer Länder benachteiligt werden. Im Vordergrund unserer Erwägungen steht die Tatsache, daß durch diese Neuregelung wichtige Grundfrage des bisher geltenden Finanzausgleichs völlig preisgegeben werden. (Sehr wahr! bei den Soz.) In erster Linie steht dabei der Grundsatz, den auch der Reichsfinanzminister in einem Interview an die Presse ausdrücklich als gesetzlichen Anspruch der Länder festgesetzt hat, daß sie ein Recht auf 75 Proz. des Aufkommens an Einkommen und Körperschaftsteuer haben. Daß dieser gesetzliche Anspruch nach Annahme des neuen Verteilungsschlüssels aufrecht erhalten bleibt, kann nicht mehr behauptet werden. Sachsen z. B. hat festgestellt, daß sein Anteil von 75 auf 71 Proz. herabgedrückt wird. Weder in den Verhandlungen des Ausschusses noch in den Reden des Finanzministers, noch in der Erklärung der Regierungsparteien wird auch nur der Versuch zu einer Rechtfertigung dieser Abweichung von einem gesetzlich bestehenden Zustande unternommen.

Ich bedaure außerordentlich, daß Treu und Glauben zu der Finanzverwaltung durch ein solches Verfahren auf das Schwerste erschüttert werden (Sehr richtig! bei den Soz.)

Wenn aus politischen Gründen infolge einer augenblicklichen politischen Konstellation an Grundfragen geändert wird, die in langen

Kämpfen im Reichstag als richtig befunden worden sind, dann darf man sich nicht darüber wundern, wenn man politische Entscheidungen mit sachlichen Erwägungen nicht mehr gleichstellt. Daneben spielt auch die praktische Wirkung eine Rolle, die durch eine solche Gelegenheitsgesetzgebung hervorgerufen sind. Wir haben eine besonders bedauerliche Zuneigung zu industriellen Staaten oder etwa eine Abneigung gegen agrarische Länder, sondern wir sehen einfach in der Tatsache, daß

**agrarische Gebiete auf Kosten einzelner anderer nollebender Gebiete bevorzugt**

werden, eine schreckende Ungerechtigkeit, die wir nicht verantworten wollen. Auch Bayern wird zugeben, daß ein Land mit so starker industrieller Bevölkerung wie Sachsen, das eigentlich immer in einer Notlage sich befindet, dessen Einwohnerzahl ständig steigt, dessen Lebensstandard immer gering gewesen ist, das ein solches Land doch viel ungünstiger dasteht, als der agrarische Bezirk Bayern. Wenn es auch dort in einzelnen Teilen schlecht steht, so ist doch die allgemeine Lage ganz anders als in dem Notgebiet Sachsen. Nun wird darauf hingewiesen, daß mit dieser Regelung eine Abnahme der Erwerbsteuernlasten von den Ländern verbunden ist. Ich bestreite, daß etwa davon die industriellen Länder einen Vorteil haben. Denn die Erwerbsteuernlasten, die Länder und Gemeinden zu tragen haben, sind doch eine Folge der allgemeinen Wirtschaftslage. Wohlstand des Reiches ist es, die Richtlinien für die Wirtschaftspolitik zu bestimmen, es hat dann aber auch die Folgen selber zu tragen. Wir nehmen also den Ländern nur die durch die allgemeine Wirtschaftspolitik hervorgerufenen Lasten ab, begünstigen sie aber in keiner Weise. Der Redner wendet sich dann gegen die Beschlässe des § 33, die ebenfalls aus reinen Zweckmäßigkeitsgründen gefaßt worden sind. Im ganzen deutschen Reich und insbesondere im Reichstag besteht eine große Mehrheit für die Streichung dieser Bestimmungen, die eine besondere Berücksichtigung der lebensunfähigen Kleinstaaten bedeutet, ihre Beseitigung ist aber am Widerstand der Bayerischen Volkspartei gescheitert. Bei der Gegnerschaft gegen § 33 bewegen uns nicht rein materielle Motive.

Wir wollen nicht, daß auf Kosten des Reichs lebensunfähige Länder in ihrer Existenz aufrecht erhalten bleiben.

Nach den bisherigen Beschlässen der Mehrheit dieses Hauses haben wir um so weniger Vertrauen zu ihr, daß sie an die Verwirklichung

der deutschen Verwaltungsreform ernsthaft herangehen wird. (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Staatssekretär Dr. Popitz verteidigt den Verteilungsschlüssel, der eine Folge der Aufhebung der Umsatzsteuergarantie ist. Vertreter der einkommensteuerreichen Länder jurystieren, bei Aufhebung der Umsatzsteuergarantie überhaupt nicht mehr lebensfähig zu sein.

Abg. Oberhagen (Dnat.) erklärt: Da es die Demokraten wünschen, stelle ich noch einmal fest, daß Dr. Reinhold die Reserven von 1924 und 1925 restlos zur Ausbalancierung des Etats für 1926 verbraucht hat.

Abg. Koenen (Komm.) behauptet, die Gemeinden seien bei dieser Art Finanzausgleich nicht mehr existenzfähig.

Abg. Jertl (Soz.) begründet einen sozialdemokratischen Antrag, wonach die Senkung der Realbesteuerung (Grund und Gebäudesteuer und Gewerbesteuer) in erster Linie zur Entlastung von Kleingewerbetreibenden und Kleinbauern mit Einkommen bis zu 5000 M. erfolgen muß. Wir wollen damit den kleinen Grundbesitz schützen und die kleinen Gewerbetreibenden, Kleinbauern und Richter entlasten.

Es folgen die Abstimmungen zum ersten Abschnitt des Finanzausgleichsgesetzes. Die vom Abg. Dr. Fischer (Dem.) beantragte Streichung des § 4 (Garantie von 2,6 Milliarden) wird in namentlicher Abstimmung mit 210 gegen 156 Stimmen abgelehnt. Es bleibt also bei der Garantie.

Die Sozialdemokraten und die Wirtschaftspartei beantragen Streichung der Sonderverteilung nach dem Umsatzzlüssel. Auch dieser Antrag wird in namentlicher Abstimmung mit 219 gegen 160 Stimmen abgelehnt. Das gleiche Schicksal haben auch die anderen von der Sozialdemokratie zu diesem Abschnitt gestellten Änderungsanträge.

Es folgt die Beratung des § 15, wonach die Gemeinden in Zukunft Steuern nur noch auf den örtlichen Verbrauch von Bier erheben dürfen, und zwar nicht über 7 Proz. des Herstellerpreises.

**Abg. Simon-Schwaben (Soz.)**

stellt fest, daß die neue Regelung auf die Interessen der finanzschwer belasteten Gemeinden keine Rücksicht nimmt. Das beweisen die vielen Eingaben, die gerade aus diesen Kreisen an den Reichstag gelangt sind. Da die Steuererhöhung nicht erhoben werden muß, so entsteht die Gefahr, daß zwischen den finanzleistungsfähigen und den leistungsschwächeren Gemeinden ein füh-

- Theater Lichtspiele etc.**
- Staats-Theater**  
Opernhaus a. Platz d. Republ.  
7 Uhr: Vampyr  
Schauspielhaus  
8 U.: Ein besserer Herr  
Schiller-Theater  
8 Uhr: Rastia
- Städtische Oper**  
Charlottenburg  
7 Uhr:
- Margarethe.**  
Abonn. - Turnus III.
- Deutsches Theater**  
Norden 16334-37  
8 U. Ende 11 U.
- Der Arzt am Scheideweg**
- Kammerspiele**  
Norden 16334-37  
8 Uhr: Ende 10 Uhr
- Tori**
- Die Komödie**  
Bismarck 2414, 2514  
8 Uhr, Ende 10 1/2 U.
- Mannequins**
- Theat. a. Holländertpl.**  
Kurfürst 2091  
7 1/2 Uhr:  
Zum 1. Male:  
**Drei arme kleine Mädchen**  
Ballett von Walter Ritz
- Die Frau Nympha**  
Einkaufs-Argauer  
Dietrich, Entschlüssen  
**Die Schule v. Uznach**  
Bombardierhaus  
Norden 6304  
8 Uhr:  
**Das zweite Leben**  
Walter, Christian,  
Kühnert, Witz
- Metropoli - Theat.**  
Täglich 8 Uhr:  
**Zirkusprinzessin**
- Theater-Theater**  
8 Uhr:  
**Der mutige Seemann**
- Zentral-Theater**  
Täglich 8 Uhr:  
**Der blonde Dyaböl**  
Schauspiel von Walter Ritz,  
Althaus, Witz, Kühnert,  
Berg, Witz, v. Orta
- SCALA**  
Nollendorf 7366  
8 Uhr  
**Variete-Neuheiten!**  
Schauspiel v. Walter Ritz  
2 Vorstellungen  
3<sup>o</sup> und 8 Uhr,  
3<sup>o</sup> so ermäßigt.  
Preisen d. ganze Programm



## Es läuten die Glocken, der Lenz ist da!

*Dann sollten auch die Amateur-Photographen und solche, die es werden wollen, sich auf den Einzug des Frühlings vorbereiten.*

*Die erwachende Natur, die wachsenden Blumen, das junge Grün liefern bezaubernd schöne Motive für den überaus interessanten Photosport.*

*Man prüfe jedoch vorher genau seine Kamera und das noch etwa vorhandene Zubehör nach, schreide ältere Kamera-Modelle, Platten, Films, Papier, Entwickler aus, um Enttäuschungen zu vermeiden und ergänze seinen Neubedarf an erster Stelle mit „Agfa-Photo-Artikeln“.*

*Absolute Zuverlässigkeit ist für Photo-Material unerlässlich erste Voraussetzung und Sie finden diese bei allem, was den Namen Agfa trägt.*

*Und nun gehen Sie zum Photohändler und sprechen Sie mit ihm, damit auch Sie*

## AGFA-PHOTOGRAPHIE

kennen lernen.

*Agfa*

*Europas bedeutendste Werke für die Herstellung photographischer Artikel*

**Agfa-Photo-Artikel**

1 Agfa-Blaustrahl-Kamera	1 Agfa-Blaustrahl-Kamera

Agfa-Photo-Artikel

- Volksbühne**  
Theater an Köpenicker Platz, an Schillerdenkmal  
8 Uhr  
**Gewitter über Götterland**  
Morgen 3 Uhr:  
Judith  
8 Uhr:  
Gewitter über Götterland  
**Tragödie der Liebe.**
- Wallner-Theater**  
9 1/2 Uhr Der Operettenkönig 8 1/2 Uhr  
**Küsse in der Nacht**  
Sonntag nachm. 3 1/2, zu kleinen Preisen.  
Der Herr Senator!  
ERIK CHABELL BRINGT  
**Wie einst im Mai**  
mit  
**Alfred Braun, Camilla Soprano**  
Tag: 8 Uhr, Sonntag nachm. 8 Uhr  
Sonntags: 20 halbes Krönchen  
Kraussers Schauspielhaus
- Komische Oper**  
Abend 8 1/2 Uhr  
**Sünden der Welt**  
Die weltstädtische  
**James-Klein-Revue**  
Sonntag nachm. 1 Kind frei  
bei halben Preisen.  
Theaterhaus an 19 Uhr auch durchsichtig
- CASINO-THEATER** 8 Uhr  
Nur noch bis 14. April!  
**Familie Habenicht!**  
Ab 16. April: Eine neue lustige Posse.  
Gutheißer: Faust 1 Mk., Sessel 1,50 Mk.
- Rose-Theater**  
4 Uhr: Robinson  
8 1/2 Uhr:  
**Die beiden Nachtigallen**
- Walhalla-Theater**  
8 1/2 Uhr: Walhalla 1924  
**Die von der Liebe leben!**  
Die Spiel der Liebe für alle  
Ab 16. April 8 1/2 Uhr  
Sonntag  
2 Vorstellungen  
nachm. 4 u. abends  
8 1/2 Uhr.  
in „Müllers“
- Reichshallen-Theater**  
Abend 8 1/2 Uhr: Nacht nachm. 8 Uhr.  
**Stettiner Sänger**  
(Meyer, Britton, Seidel usw.)  
Nachmittags: **Harde**  
Freie, Volles Programm  
**Bühnen-Brot!**  
Großes Frühlingsfest  
Aus der Hand von Walter Ritz!
- Winter Variete Garten**  
Räucher-gestaltet  
Sitz 1,30: Ermäß. Preise
- Rennen zu Strausberg**  
Sonntag, den 2. April  
nachm. 3 Uhr





